BLICKPUNKT ZUKUNFT

Herausgegeben von Werner Mittelstaedt

B L I C K P U N K T Z U K U N F T

Zeitschrift mit Beiträgen und Zeitdokumenten zur Zukunfts- und Friedensdiskussion

BLICKPUNKT ZUKUNFT wurde in den Jahren 2019 und 2020 für den »Alternativen Medienpreis« in der Kategorie »Zukunft« nominiert.

ISSN 0720-6194

Bestellungen für die Printausgabe
inkl. Porto: 8, -- Euro / US-$ 12, --
(Ab 10 Exemplare 50% Preisnachlass)

Redaktion:
BLICKPUNKT ZUKUNFT
Werner Mittelstaedt
Ecksteins Hof 50
D-45721 Haltern am See

E-Mail: werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Erscheint als Printausgabe und seit dem Jahr 1997 auch im Internet. Die Ausgaben 1 – 71 sind als Volltext (PDF) im Internet kostenlos erhältlich.

WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM

Gegründet 1980 von Werner Mittelstaedt | **VIEWPOINT FUTURE** | Ausgabe 71 · August 2021 · 41. Jahrgang

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich sehr, in dieser Ausgabe erneut einen exklusiven Beitrag des vielseitigen Naturführers, Waldpädagogen und hochengagierten Aufklärers Michael Zobel präsentieren zu können. Durch sein unermüdliches Engagement gegen die vielfältigen Zerstörungen von Natur, Umwelt, Dörfern und Lebensräumen für Menschen, Tiere und Pflanzen durch den Braunkohletagebau betreibt er intensive Aufklärung und ermutigt unzählige Menschen, dagegen in vielfältiger Form friedlich zu protestieren. Seit April 2014 führt er, zusammen mit seiner Lebensgefährtin Eva Töller, regelmäßige hochinformative »Waldspaziergänge« im Hambacher Wald sowie »Dorf- und Waldspaziergänge« im Rheinischen Braunkohlerevier durch. Sein Beitrag, der auf Seite 2 beginnt, ist eine hochaktuelle, schonungslose und sehr detaillierte Bestandsaufnahme über die aktuelle Lage im Rheinischen Braunkohlerevier. Dabei geht Michael Zobel auch auf die Klimakrise und die Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze aus dem Pariser Klimaabkommen ein. Er führt zudem zahlreiche Alternativen auf, um den Braunkohletagebau rasch zu beenden. Sein Beitrag bekommt zusätzliche Aktualität durch die beispielslose Hochwasser-Katastrophe in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, in den Niederlanden und in Belgien. Zweifellos werden sich Katastrophen dieser Art durch den menschengemachten Klimawandel häufen.

Am 12. Mai 2021 gab es eine pro-palästinensische Demonstration in Gelsenkirchen, bei der offen antisemitische Parolen gerufen wurden. Dabei wurde auch versucht, zur Gelsenkirchener Synagoge vorzudringen. Aus diesem Grund veranstaltete zwei Tage später, am 14. Mai 2021, die Initiative gegen Antisemitismus Gelsenkirchen die Mahnwache »Kein Platz für Antisemitismus« an der Synagoge in der Gelsenkirchener Innenstadt. Als Mitglieder der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Gelsenkirchen e.V. wurden meine Frau Mechthild und ich über die Mahnwache informiert und wir haben daran teilgenommen.

Als gebürtiger Gelsenkirchener bin ich stolz auf Gelsenkirchen, denn durch diese gut besuchte Mahnwache, die sehr guten Redebeiträge und den gut koordinierten Polizeieinsatz wurde in Gelsenkirchen ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus gesetzt. Ein Bericht über die Mahnwache der Initiative gegen Antisemitismus Gelsenkirchen finden Sie auf den Seiten 9-10. Anschließend ist die Selbstdarstellung dieser wichtigen Initiative zu lesen.

Des Weiteren finden Sie in dieser Ausgabe eine Reaktion von Hartmut Graßl über »verschärften Klimaschutz durch Verfassungsrichter« und den wichtigen Beitrag »Ächtung von Atomwaffen ist Einsatz für Menschenrechte und den Schutz der Umwelt« der IALANA, verfasst von Otto Jäckel und Amela Skiljan. Als letzten Beitrag in dieser Ausgabe finden Sie »Die ›Gesellschaft nach dem Geld‹ - erst mal im Computer«. Darin berichtet Annette Schlemm aus der Projektgruppe »Gesellschaft nach dem Geld« über eine Zukunftsvision, die (noch) im Computer simuliert wird.

Werner Mittelstaedt, 20. Juli 2021

Inhalt

Sommer 2021 – Wie ist die aktuelle Lage im Rheinischen Braunkohlerevier?
von Michael Zobel

Mahnwache »Kein Platz für Antisemitismus«
Initiative gegen Antisemitismus Gelsenkirchen

Initiative gegen Antisemitismus Gelsenkirchen

Verschärfter Klimaschutz durch Verfassungsrichter – sehr wichtig, aber dennoch zu wenig
von Prof. Dr. Hartmut Graßl

An alle Theatermacher: Tipping Point – Kipp-Punkt

Impressum

Buchempfehlungen:

Werner Mittelstaedt
Anthropozän und Nachhaltigkeit

Peter Nitschke
Antinomien der Globalisierung

Harald Pechlaner, Daria Habicher, Elisa Innerhofer (Hrsg.)
Transformation und Wachstum

IALANA
Ächtung von Atomwaffen ist Einsatz für Menschenrechte und den Schutz der Umwelt

---

Die »Gesellschaft nach dem Geld« - erst mal im Computer
von Annette Schlemm

Sommer 2021 – Wie ist die aktuelle Lage im Rheinischen Braunkohlerevier?

von Michael Zobel

Juli 2021, Unwetter in ganz Deutschland, Hochwasser allenthalben, Hitzewellen mit bis zu 50 Grad Celsius in Nordamerika, Rekordtemperaturen am Polarkreis, Tornado in Tschechien, katastrophale Erdrutsche in Japan… die Hiobsbotschaften zum Thema Klima reißen nicht ab.

Und was passiert bei uns, was passiert im Rheinischen Braunkohlerevier?

„Aus irgendeinem Grund ist das Klimathema plötzlich ein weltweites Thema geworden" sagte Armin Laschet bei Anne Will, 26. Mai 2019.

Noch ein Zitat vom NRW-Ministerpräsidenten und Unions-Kanzlerkandidaten Armin Laschet, er schreibt am 24. Februar auf Twitter: „Nordrhein-Westfalen geht voran beim Ausstieg aus der Braunkohle, reduziert die von Rotgrün genehmigten Tagebaue, rettet den Hambacher Forst und ist Spitzenreiter in der deutschen Klimapolitik. Kein Land reduziert mehr CO2, kein Land baut die Windenergie an Land dynamischer aus…"

Die Corona-Pandemie und der damit verbundene monatelange Umbruch aller Lebensbereiche haben die Themen Klima, Kohleausstieg, Energiewende in den Hintergrund treten lassen. Das passt vielen der aktuellen Akteure gut ins Konzept, fordert doch zum Beispiel Wirtschaftsminister Peter Altmeier, das Thema Klima aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten.

Schauen wir doch einfach mal, was im Rheinischen Braunkohlerevier, der nach wie vor größten CO2-Quelle Europas, der aktuelle Stand ist.

Tagebau Garzweiler

Der Kohlekonzern RWE schafft weiter Fakten. Die Bagger baggern in Höchstgeschwindigkeit Richtung Dörfer, neue Wälle werden aufgeschüttet, im Frühjahr 2021 wurde in Lützerath ein ganzer Straßenzug „rückgebaut", weitere Gebäude werden zugemauert und für den Abriss vorbereitet. Das alles, obwohl in Lützerath noch Menschen leben. Der Bauer Eckart Heukamp geht in die juristische Auseinandersetzung, gegen Enteignung und Vertreibung. Viele solidarische Menschen unterstützen ihn dabei.

„Die 1,5 Grad-Grenze verläuft hier …"
Foto: Michael Zobel

Chronologie

Januar 2019: Die so genannte Kohlekommission empfiehlt den stetigen Kohleausstieg bis spätestens 2038. Nach den Abschaltszenarien können sowohl der Hambacher Wald als auch die Garzweiler-Dörfer im 3. Umsiedlungsabschnitt erhalten bleiben.

03.07.2020: Der Bundestag verabschiedet das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) und bestätigt in § 48 entgegen der Faktenlage und ohne irgendeinen wissenschaftlichen Nachweis die energiepolitische Notwendigkeit des Braunkohletagebaus Garzweiler II.

08.10.2020: Die Landesregierung beschließt den Entwurf einer neuen Leitentscheidung zur Braunkohlenpolitik. Sie will weiter an der Zerstörung der Garzweiler-Dörfer festhalten - wenn auch mit zeitlicher Verzögerung.

14.12.2020: Das lange vom Bundeswirtschaftsminister unter Verschluss gehaltene BET-Gutachten wird veröffentlicht. Es bestätigt, dass es keine energiepolitische Notwendigkeit für weitere Umsiedlungen gibt. Damit könnten die Dörfer Lützerath, Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich sowie Berverath erhalten bleiben. Peter Altmaier hatte den Parlamentariern das Gutachten bei der Abstimmung über das KVBG vorenthalten.

„Die Kirche im fast zerstörten Manheim am Tagebau Hambach"
Foto: Michael Zobel

Am 23. März 2021 hat das Landeskabinett dann die neue "Leitentscheidung 2021: Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier – Kohleausstieg entschlossen vorantreiben, Tagebaue verkleinern, CO2 noch stärker reduzieren" beschlossen.

„Rückbau in Lützerath"
Foto: Michael Zobel

Darin findet sich kaum eine der Anregungen von Umweltverbänden und Wissenschaft wieder. Die Landesregierung bekräftigt ihre generelle Absicht, bis 2038 noch 900 Millionen Tonnen Braunkohle fördern zu wollen. Immerath und Lützerath sollen endgültig für den Tagebau Garzweiler zerstört werden, die übrigen Garzweiler-Dörfer bekommen einen Aufschub bis Ende 2026. Ein Abrissmoratorium ist in der Leitentscheidung nicht verankert.

„Ein Straßenzug verschwindet in Lützerath"
Foto: Michael Zobel

Mit dem 2020 beschlossenen Kohleausstieg und der neuen Braunkohle-Leitentscheidung hätte die Chance bestanden, den Tagebau auf ein klimaschutzverträgliches Maß zu reduzieren.

Laut einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kann Deutschland nur einen fairen Beitrag zur Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze aus dem Pariser Klimaabkommen leisten, wenn die Dörfer am Tagebau Garzweiler inklusive Lützerath erhalten bleiben. RWE darf hier demnach nur noch 70 Millionen Tonnen Braunkohle fördern und muss diesen Tagebau bis 2026 beenden.

Auch internationale Studien wie die Net Zero 2050 Roadmap der Internationalen Energieagentur (IEA) verdeutlichen, dass mit der Kohleverbrennung in den OECD Staaten bis zum Jahr 2030 Schluss sein muss.

Doch RWE beharrt bislang noch immer darauf, bis 2038 weitere 900 Millionen Tonnen Braunkohle aus dem Abbaufeld Garzweiler II zu fördern.

Braunkohle ist derjenige fossile Brennstoff mit der größten Klimaunverträglichkeit. Aufgrund des hohen Wassergehalts und des vergleichsweise geringen Brennwerts erreichen die Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid bei der Verbrennung der Braunkohle Höchstwerte: Pro Tonne eingesetzter Braunkohle entsteht eine Tonne Kohlendioxid. Wegen des geringen Wirkungsgrades der Braunkohlenkraftwerke wird der Großteil der in der Kohle enthaltenen Energie ungenutzt in die Atmosphäre abgegeben.

Die Gewinnung der Braunkohle im Tagebaubetrieb ist mit einer großflächigen Absenkung des Grundwassers ("Sümpfung") verbunden. Mit "Garzweiler II" wird der Grundwasserlandschaft des Niederrheins - und damit dem wichtigsten Trinkwasserreservegebiet Nordrhein-Westfalens - ein weiterer irreparabler Schaden zugefügt.

Schon jetzt sind die Schäden durch den Tagebau Garzweiler irreversibel - Trinkwasserbunnen fallen dauerhaft trocken, Grundwassereinzugsgebiete verändern sich, ganze Grundwasserlandschaften werden zerstört.

Die "Garzweiler II"-Erlaubnisse sehen die jährliche Sümpfung von bis zu 155 Mio. m3 Wasser vor. 2045. Hunderte so genannter Sümpfungsbrunnen fördern das Grundwasser aus bis zu 200 Metern Tiefe. Im Jahr 2019 wurden zur Trockenlegung des Tagebaus etwa 121 Millionen Kubikmeter Grundwasser gehoben.

Umweltverbände und Tagebaubetroffene appellierten vor der Verabschiedung des CDU/CSU-Wahlprogramms mit einem offenen Brief an den CDU-Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten Armin Laschet. Sie fordern einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 und den Erhalt der vom Braunkohletagebau bedrohten Dörfer im Rheinland.

Das Bündnis sieht einen früheren Kohleausstieg bis 2030 als unumgänglich an, weil der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz sowie die Anhebung der europäischen und deutschen Klimaschutzziele dies erfordern. „Die Braunkohle-Leitentscheidung Ihrer Landesregierung für das Rheinische Revier steht im Widerspruch zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, weil sie die Freiheitsrechte der jungen Generationen verletzt", heißt es in dem Brief an Armin Laschet.

Die Leitentscheidung sieht vor, mehrere Dörfer für die Ausdehnung der Tagebaue zu zerstören und hunderte Menschen umzusiedeln, um im Rheinland bis 2038 Braunkohle fördern zu können. „Mit der Zerstörung von Dörfern und Kirchen rauben Sie einer ganzen Region die Heimat und Zukunft, alles zugunsten einer Energieform von vorgestern", schreiben die Umweltverbände und Tagebaubetroffenen.

Das Bündnis appelliert daher an den Christdemokraten und Kanzlerkandidaten Armin Laschet, jetzt ein Zeichen für den Klimaschutz, für die jungen Generationen und die Menschen in seiner Heimat zu setzen: „Sorgen Sie für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030. Stoppen Sie die Zerstörung und erhalten Sie die bedrohten Dörfer."

„Es ist heuchlerisch, dass sich Armin Laschet zu Klimaschutz bekennt, während er gleichzeitig dafür verantwortlich ist, dass wir unser Zuhause für den Abbau von Braunkohle verlieren. Wer es mit der Einhaltung der 1,5°-Grenze wirklich ernst meint, muss alle bedrohten Dörfer inklusive Lützerath erhalten", sagt David Dresen von Alle Dörfer bleiben.

„Die CDU und Armin Laschet müssen sich ehrlich machen. Der Kohleausstieg muss auf spätestens 2030 vorgezogen werden, sonst wird Deutschland seine neuen Klimaschutzziele nicht erreichen können. Laschet muss sich als Kanzlerkandidat von seiner kohlefreundlichen Politik in NRW verabschieden", so Olaf Bandt, Vorsitzender des BUND.

„In NRW entscheidet sich die klimapolitische Glaubwürdigkeit des Kanzlerkandidaten der Union. Der mangelnde Wille für einen klima- und sozialpolitisch notwendigen Stopp der weiteren Zerstörung von Dörfern ist offenkundig. Als Bundeskanzler müsste Armin Laschet die nächsten Jahre aber nutzen, die Transformation in eine klimaneutrale Zukunft massiv zu beschleunigen. Danach sieht es gerade nicht aus", so Kai Niebert, Präsident des Umweltdachverbandes DNR.

„Armin Laschet ist in seinem Denken und Handeln tief in einem Nordrhein-Westfalen der Vergangenheit verhaftet. Es fehlt ihm an notwendigen Visionen und an Mut beim Klimaschutz, um eine lebenswerte Zukunft in Deutschland und Europa greifbar zu machen. Statt jungen Menschen ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung zu ermöglichen, verhindert er durch sein stures Festhalten an der Kohle genau dieses. Fest steht: Wer wie Laschet mit den Pariser Klimazielen bricht, den interessiert das Leben der jungen Familien und heute unter 20-Jährigen nicht", so Martin Kaiser, geschäftsführender Vorstand von Greenpeace Deutschland.

„Wir fordern die Parteien auf, sich zu einem Kohleausstieg bis 2030 zu bekennen und den Erhalt der Garzweiler-Dörfer im Programm festzuschreiben. Als CDU-Kanzlerkandidat muss Armin Laschet jetzt Verantwortung übernehmen und verhindern, dass noch mehr Menschen ihre Heimat für klimaschädliche Braunkohle verlieren. Er kann seine Augen nicht weiter vor der Realität der Klimakrise verschließen", sagt Dr. Christiane Averbeck von der Klima-Allianz Deutschland.

„Die Dörfer müssen jetzt gerettet werden und wir Anwohner Planungssicherheit erhalten. Die Unsicherheit ist unerträglich. Armin Laschet und die CDU sollten endlich anfangen Politik im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder zu gestalten, indem sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die neuen Klimaziele ernst nehmen. Wenn die Politik nicht handelt, werden wir vor Gericht um unser Zuhause kämpfen. Enteignungen für den Abbau von Braunkohle in Zeiten der Klimakrise können nicht rechtmäßig sein", sagt Waltraud Kieferndorf aus Kuckum von der Solidargemeinschaft Menschenrecht vor Bergrecht.

Freitag, 29. Januar 2021, Auszüge aus einer Stellungnahme des Bistums Aachen zur Lage in den Dörfern am Tagebau Garzweiler, bezugnehmend auf die geplante vorzeitige Entwidmung der Kirche in Keyenberg: Entscheidung zur Entwidmung der Keyenberger Kirche vertagt

„Der Antrag auf Entwidmung ist nicht abgelehnt, sondern die endgültige Entscheidung darüber ist verschoben worden. Die Kirchengemeinde ist vertraglich gebunden, die entwidmete Kirche an RWE zu übergeben. Aber das muss nicht jetzt, sondern kann auch später geschehen. Der politische Entscheidungsprozess über die Zukunft der Dörfer ist in eine neue Dynamik gekommen. Ein Erhalt der Dörfer ist möglich und eine konsequentere Reduktion der Tagebaue und der CO2-Emissionen sind zum Klimaschutz dringend nötig", betont der Aachener Bischof mit Blick auf die ausstehende Leitentscheidung der NRW-Landesregierung.

„rote-linie-am-hambacher-wald"
Foto: Michael Zobel

„Bagger vor dem Hambi"
Foto: Todde Kemmerich

Aufgabe der Kirche sei es, die Menschen am Ort zu begleiten, Brücken zwischen ihnen zu bauen. „Denn es geht auch um das soziale Klima: Im rheinischen Braunkohlegebiet sollen nach der Kohle nicht Verlierer und Gewinner übrigbleiben", betont Helmut Dieser. Besonders beeindrucke ihn sowohl das soziale als auch das ökologische Engagement der jungen Generation in der Braunkohleregion.

Zum Entwurf der Leitentscheidung hat das Bischöfliche Generalvikariat Aachen im Dezember 2020 im öffentlichen Beteiligungsprozess Stellung bezogen. Die Stellungnahme fokussiert sich auf den Klimaschutz. Die zu erwartenden CO2 -Emissionen aus dem geplanten Tagebau gefährden die Erreichung der Pariser Klimaziele. Mit Blick auf die Klimagerechtigkeit zwischen den Generationen und zwischen den Ländern bittet das Bistum Aachen dringend zu überprüfen, ob die noch zu gewinnende Kohlenmenge und die daraus resultierenden CO2-Emissionen nicht viel substanzieller reduziert werden können. „Damit verbunden sollten die erneuerbaren Energien stark ausgebaut werden, um den Umstieg zu ermöglichen. Die Region bietet dafür gute Voraussetzungen. Bei einem aus Klimaschutzgründen verringerten Kohleabbau wird auch weniger Landfläche in Anspruch genommen. Dies käme den weiteren berechtigten Anforderungen an diese Flächen zugute. Es werden Handlungsoptionen für die bestehenden Ortschaften im Erkelenzer Gebiet, für wertvolle Natur- und Kulturgüter im Planungsgebiet und für den Erhalt möglichst großer Flächen wertvollen Ackerbodens ermöglicht", so Harald Hüller, Leiter der Hauptabteilung Pastoral / Schule / Bildung im Bischöflichen Generalvikariat, und Martin Tölle, Ökonom des Bistums Aachen.

Ein erst Mitte Dezember 2020 bekannt gewordenes, für die Bundesregierung erstelltes Gutachten aus dem Jahr 2019 zeigt Alternativen zu der gegenwärtigen Planung auf, mit denen die vom Generalvikariat benannten Handlungsoptionen möglich werden. Diese Möglichkeiten sollte die Landesregierung NRW nun in der neuen Leitentscheidung nutzen und absichern. Am 5. Juli 2021 heißt es erneut aus dem Bistum Aachen:

Entscheidung für Erhalt der Dörfer muss früher getroffen werden.

Stellungnahme von Bischof Dr. Helmut Dieser zur Leitentscheidung 2021 - „Menschen in Erkelenz brauchen Klarheit für die Zukunft." - Strukturwandel als große Herausforderung. Lebensraum ökologisch gestalten.

Aachen, - Bischof Dr. Helmut Dieser blickt mit tiefer pastoraler Sorge auf die Situation der Menschen in Erkelenz und Umgebung, die von der Umsiedlung auf Grund des Braunkohletagebaus betroffen sind: „Wir erleben in den Gemeinden eine erhebliche Verunsicherung." Der bereits erfolgte und noch drohende Verlust des angestammten Wohnumfeldes stelle eine enorme psychische Belastung für die Menschen dar.

In diesem Zusammenhang kritisiert Bischof Dieser, dass die im März getroffene Leitentscheidung der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen der Bevölkerung in den Orten Keyenberg, Beverath, Kuckum sowie Ober- und Unterwestrich keinerlei Planungssicherheit gibt. Die Entscheidung über die bergbauliche Inanspruchnahme wurde auf 2026 verschoben. „Das wirft für ganz viele Menschen grundlegende Fragen auf und führt zu großen Belastungen", so Bischof Helmut Dieser. Manche derer, die sich nach jahrelangem Ringen in die erzwungene Umsiedlung gefügt haben, fragen sich nun, ob die Entscheidung richtig gewesen ist. Andere Umsiedler leiden darunter, dass die erneute Diskussion es schwer macht, wirklich abzuschließen und den Neubeginn zu gestalten. Der Aufbau eines neuen Miteinanders in den neuen Orten ist eine große Herausforderung für die Menschen, die sich von ihrem Heimatort verabschieden müssen. Einige stehen auch vor der Frage, ob sie bei einem Erhalt der Dörfer dorthin zurückkehren wollen und können. Diejenigen, die noch in der Entscheidung über eine Umsiedlung sind, fragen sich, ob sie die ungewisse Entwicklung abwarten oder sich für den Erhalt der Orte einsetzen sollen. Jene schließlich, die sich für das Bleiben entschieden haben, fragen sich, wie lange sie noch kämpfen müssen und ob sie ihr Ziel erreichen werden.

Wasseraustritte in der Böschung am Hambacher Wald
Foto: Michael Zobel

„Weitere fünf Jahre Ungewissheit sind für die Menschen nur mit starken Belastungen und Einbußen zu ertragen. Eine Verlängerung des Schwebezustandes bis ins Jahr 2026 lässt die Menschen mit ihrem Lebensglück dafür bezahlen", sagt Bischof Dieser. „Die Menschen brauchen Klarheit für ihre Zukunft." Er fordert eine wesentlich frühere Entscheidung für den Erhalt der bedrohten Orte und für einen breit angelegten Prozess der Neugestaltung. Zugleich müssten die Umsiedler beim Aufbau der neuen Orte und bei der Gestaltung des Miteinanders weiter unterstützt werden.

Mit dem Eintreten für den Erhalt der Dörfer verbindet Bischof Dieser auch die Forderung nach einem früheren Ausstieg aus der Kohleverstromung. Die Reduktion der Treibhausgase muss deutlich über das hinausgehen, was durch die aktuelle Leitentscheidung vorgegeben ist. Der mit dem Kohleausstieg verbundene Strukturwandel ist eine große Herausforderung. „Der Lebensraum muss nach ökologisch vertretbaren Kriterien gestaltet werden und den Menschen eine zukunftsfähige wirtschaftliche Infrastruktur bieten. Vor allem aber muss der Strukturwandel sozialverträglich sein." (iba / Na 029)

Nicht nur die katholische Kirche, sondern ein breites Bündnis aus Initiativen und Umweltverbänden kritisiert die von Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) und der nordrhein-westfälischen Landesregierung beschlossene Leitentscheidung zum künftigen Braunkohleabbau im Rheinischen Revier. Diese sei weder zukunftsfähig, noch leiste sie einen Beitrag zur Befriedung des Konfliktes um die Braunkohle. Mit der vorgesehenen Ausdehnung der Braunkohletagebaue kann Deutschland die Pariser Klimaziele nicht einhalten. Aktuelle klima- und energiepolitische Entwicklungen, wie die geplante Verschärfung des EU-2030 Klimaschutzziels, werden ignoriert. Sieben weitere Dörfer sollen den Tagebauen Garzweiler und Hambach zum Opfer fallen, obwohl mehrere unabhängige Gutachten zeigen, dass es dafür keine Notwendigkeit gibt. Der Hambacher Wald wird durch die nahen Abgrabungen in seiner ökologischen Substanz gefährdet.

Das Bündnis sieht in der Leitentscheidung einen Widerspruch zu einem klima- und sozial-gerechten Ausstieg aus der Braunkohle - Belange von Bewohner*innen in den bedrohten Dörfern werden missachtet. Als Grundlage für einen nachhaltigen Strukturwandel in der Region sei sie gänzlich ungeeignet. Die im Prozess der Leitentscheidung durchgeführte Bürgerbeteiligung, habe sich laut dem Bündnis als "reine Farce" erwiesen. Stattdessen schürt Armin Laschet mit der Leitentscheidung den Konflikt um den Kohleabbau im Rheinischen Revier weiter an. Das Bündnis kündigt weitere Proteste an und fordert den Erhalt der Dörfer am Tagebau Garzweiler II, den Schutz des Hambacher Waldes und einen schnelleren Kohleausstieg zur Einhaltung der Pariser Klimaziele.

"Armin Laschet und seine Landesregierung stellen mit dieser Leitentscheidung die Wünsche des Braunkohlekonzerns RWE vor die Wünsche der Menschen in der Region", sagt Jasmin Ziemacki Kohleexpertin von der Klima-Allianz Deutschland. "Die Leitentscheidung ist jetzt schon veraltet. Anstatt weiterhin an Energieformen aus dem 19. Jahrhundert festzuhalten, muss die Landesregierung jetzt die Weichen für eine klimaneutrale Zukunft stellen. Das bedeutet: Ein Kohleausstieg bis 2030 und ein sozial-gerechter Wandel im Rheinischen Revier. Die Zerstörung von weiteren Dörfern für den Braunkohleabbau ist völlig absurd", so Ziemacki.

"Armin Laschet will erst 2026 prüfen, ob die Kohle unter unseren Dörfern wirklich benötigt wird. Dabei zeigen zahlreiche Studien schon heute, dass die Kohle nicht mehr gebraucht wird. Wenn Laschet weiterhin die wissenschaftlichen Fakten ignoriert und keine Garantie für den Erhalt unserer Dörfer ausspricht, werden Gerichte und die nächste Bundesregierung das regeln müssen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir den Kampf um unser Zuhause gewinnen werden." So David Dresen von "Alle Dörfer bleiben".

"Armin Laschet hat keine hinreichende Antwort auf die Klimakrise und blockiert eine kohlefreie Zukunft", betont Dirk Jansen, NRW-Geschäftsleiter des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). "Mit dieser Leitentscheidung provoziert die Landesregierung

weiteren politischen und juristischen Widerstand. Anstatt den Hambacher Wald als europäisches Schutzgebiet zu sichern und in das Eigentum einer Naturschutzstiftung zu überführen, soll er weiter gefährdet und isoliert werden. Die Wiedervernetzung der Restwälder und die Schaffung eines neuen Biotopverbundsystems rücken so in weite Ferne."

"Die Leitentscheidung hätte ein Beitrag zur Befriedung der Region werden können – durch ein Abriss- und Zerstörungsmoratorium und zukunftsfähige Perspektiven für uns Anrainer", sagt Andreas Büttgen von der Initiative Buirer für Buir. " Stattdessen haben Armin Laschet und seine Landesregierung während des Beteiligungsverfahrens zur Leitentscheidung RWE bereits still und heimlich erlaubt ein weiteres gigantisches Loch in Richtung Manheim zu graben. Diese Genehmigung zur Abgrabung allein für Abraum gefährdet langfristig den substanziellen Erhalt des Hambacher Waldes, die Strukturwandelchancen der Kolpingstadt Kerpen und zerstört jegliches Vertrauen in Bürgerbeteiligungsprozesse ".

"CDU-Chef Armin Laschet sabotiert durch die Erweiterung der Kohle-Tagebaue die Klima-Ziele von Paris", sagt Bastian Neuwirth, Greenpeace Klimaexperte. "Diese Leitentscheidung ignoriert, dass das verschärfte EU-Klimaziel das Ende der Braunkohle rasant beschleunigt. Laschet will Dörfer und Kirchen zerstören lassen, obwohl längst feststeht, dass die Kohle darunter keiner mehr braucht. Laschet heizt den Konflikt um die Kohle weiter an - die Klimabewegung wird diese Zerstörung nicht hinnehmen!"

„Aus irgendeinem Grund ist das Klimathema plötzlich ein weltweites Thema geworden" Anne Will, 26. Mai 2019.

Was ist zu tun, was macht die Klimabewegung?

Lange schien es ruhig, knapp anderthalb Jahre lang kamen Themen wie Kohleausstieg und Klimakatastrophe in den meisten Medien kaum vor, auch Fridays for Future mussten coronabedingt längere Pausen einlegen.

Doch für Braunkohle-Bagger gab es keinen Lockdown und auch der dramatische Klimawandel ging und geht unvermindert weiter.

Mit der Bundestagswahl im September gibt es eventuell die Chance auf einen grundlegenden Politikwechsel. Diese Chance kann und darf sich die Bewegung nicht entgehen lassen, und so gibt es in den kommenden Wochen und Monaten eine Fülle von unterschiedlichen Aktivitäten, die alle das gemeinsame Ziel haben, der Braunkohleförderung ein deutlich schnelleres Ende zu machen. Hier eine Auswahl:

Während ich diese Zeilen schreibe, sind engagierte Menschen unterwegs von Gorleben im Wendland nach Keyenberg und Lützerath.

Aufruf zum Kreuzweg für die Schöpfung, 4. Juli bis 1. August 2021: kreuzweg-gorleben-garzweiler.de/

"Die Umwelt ist ein kollektives Gut,
ein Erbe der gesamten Menschheit
und eine Verantwortung für alle."
[Papst Franziskus, Laudato si]

Im Frühjahr 1988 machten sich Atomkraftgegner*innen in Wackersdorf, dem geplanten Standort einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage, mit einem Kreuz auf den Weg nach Gorleben – dem geplanten Standort eines sogenannten Endlagers. Sie gingen zu Fuß, in 33 Etappen, über 1200 km. Mehr als 6000 Menschen beteiligten sich an diesem Kreuzweg für die Schöpfung: Sie drückten damit nicht nur den – auch christlich geprägten – Widerstand gegen die zerstörerische Atomtechnologie aus, sondern auch die Kontinuität der Kämpfe und die Solidarität der Aktivist*innen.

„Baumhäuser gibt es nun auch am Tagebau Garzweiler"
Foto: Michael Zobel

In diese Tradition stellen wir uns, wenn wir erneut zu einem „Kreuzweg für die Schöpfung" aufrufen und ein Kreuz von Gorleben nach Garzweiler, ins Rheinische Braunkohlerevier tragen. Wir starten mit dem „Gorlebengebet", laufen über das AKW Grohnde, das Kohlekraftwerk Datteln IV, besuchen die RWE-Zentrale in Essen und enden in Lützerath, dem Dorf an der Tagebaukante von Garzweiler II, das akut von Zerstörung bedroht ist.

Wir wollen damit den Skandal der schmutzigen Energiegewinnung aus Braunkohle in die Fläche tragen: Im Rheinischen Revier verlieren noch heute Menschen ihre Heimat, werden enteignet. Häuser und Kirchen werden abgerissen, Bäume gefällt, fruchtbarstes Ackerland kommt „unter den Bagger" – dies für eine Energie, die die Erderwärmung immer weiter anheizt und unter der heute bereits die Menschen vor allem im globalen Süden leiden. Das Rheinische Braunkohlerevier ist der größte CO2-Emmitent in Europa.

Ein gutes Leben für alle in Fülle

Die Schauplätze haben gewechselt, doch das Ziel ist das gleiche: Die Zerstörung des „gemeinsamen Hauses" stoppen, gleich ob durch Braun- oder Blutkohle, Gas, Atom – oder Autobahnen! Die Solidarität der Aktivist*innen vor Ort ist groß, jetzt geht es darum, die verschiedenen Aspekte des gemeinsamen Kampfes und seine unterschiedlichen Akteure zusammen zu führen. Dazu wollen wir symbolisch mit unserer Aktion einen Beitrag leisten. Sie ist offen für alle, für christliche Gruppen und Kirchengemeinden, für Klima-Initiativen und -aktivist*innen, für jede*n, der sich einsetzt für ein gutes Leben für alle in Fülle.

Wir rufen Euch auf

Beteiligt Euch an diesem Kreuzweg für die Schöpfung, für Gerechtigkeit!

Lauft mit – ob eine Stunde, einen Tag, eine Woche!

Macht die Aktion in Eurem Umfeld bekannt! Verbreitet diesen Aufruf!

„Adoptiert" eine (oder mehrere) Etappen, betreut die Pilger*innen, macht Infostände, Andachten, Konzerte

oder Diskussionen – seid kreativ! Ohne Euch geht es nicht – die Streckenführung steht, die Gestaltung liegt bei Euch.

Lässt uns diesen Kreuzweg zu einem gemeinsamen Projekt der Klimagerechtigkeitsbewegung machen!

7. August Menschenkette am Tagebau Garzweiler klima-kohle-demo.de/

Klima schützen, Kohle stoppen, Dörfer retten!

Die Bundesregierung versagt beim Klimaschutz. Auch nach dem historischen Urteil des Bundesverfassungsgerichts weigert sich die GroKo, wirksame Klima-Maßnahmen zu beschließen, um das 1,5 Grad-Limit einzuhalten. Dabei trägt Deutschland eine historische Verantwortung an der Klimakrise. Doch CDU/CSU und SPD wollen den Klimakiller Kohle noch bis 2038 verfeuern und rauben der jungen Generation so ihre Freiheitsrechte.

Bereits jetzt spüren wir die Folgen der Erderhitzung immer stärker: zunehmende Unwetter, Dürren, Hitzewellen und rasantes Artensterben. Der steigende Meeresspiegel droht viele dicht besiedelte Küstengebiete zu überfluten und unbewohnbar zu machen. Millionen Menschen weltweit verlieren ihre Lebensgrundlagen und ihr Zuhause. Besonders im Globalen Süden zwingt dies viele Menschen zur Flucht.

Das Rheinische Braunkohlerevier ist eine der größten CO2-Quellen Europas. Doch NRW-Ministerpräsident und Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet hält unbeirrt an dem Klimakiller Kohle fest und heizt die Klimakrise so weiter an. Noch immer will er den RWE-Konzern ganze Dörfer für die riesigen Braunkohletagebaue abbaggern lassen.

Gegen diesen Irrsinn gehen wir auf die Straße: Wenige Wochen vor der Bundestagswahl demonstrieren wir am Samstag, den 7. August mit Tausenden am Tagebau Garzweiler im Rheinland. Mit einer Menschenkette protestieren wir gegen die Kohle und stellen uns schützend vor die bedrohten Dörfer. So markieren wir die 1,5 Grad-Grenze und machen klar: Die neue Bundesregierung muss beim Klimaschutz endlich handeln – Energiewende jetzt!

Gemeinsam fordern wir von der neuen Regierung:

● Einen Kohleausstieg bis spätestens 2030. Damit wir die 1,5 Grad-Grenze einhalten, muss die Kohle im Boden bleiben.

● Keine weitere Zerstörung von Natur, Landschaft und Dörfern für Kohle. Die Zwangsumsiedlungen müssen gestoppt werden.

● Einen massiven Ausbau der Energieerzeugung aus Wind und Sonne. Bis 2035 müssen naturverträgliche erneuerbare Energien 100% unseres Strombedarfs decken.

6. bis 15. August - Kultur ohne Kohle - Eine rheinische Landpartie – Am Tagebau Garzweiler II kultur-ohne-kohle.de/

10.-17. August 2021, Mit Achtel und Triole gegen Klimakiller Kohle – ALLE Dörfer bleiben! www.lebenslaute.net

Unter dem Namen LEBENSLAUTE engagieren sich seit 1986 bundesweit Musiker*innen, einmal jährlich in Chor- und Orchesterstärke (s. Sommeraktionen), dazwischen auch in kleineren Ensembles regional (s. Regional). Als offene Musik- und Aktionsgruppe bringen wir überwiegend klassische Musik gerade dort zum Klingen, wo dies nicht erwartet wird.

Mit Musik und zivilem Ungehorsam werden wir den Widerstand der bedrohten sechs Dörfer (Lützerath, Keyenberg, Kuckum, Unterwestrich, Oberwestrich, Berverath) am Braunkohle-Baggerloch Garzweiler unterstützen.

15. August – 88 Monate Wald- und Dorfspaziergänge am Hambacher Wald und in den Dörfern am Tagebau Garzweiler, diesmal rund um Keyenberg, mit Unterstützung der LEBENSLAUTE-Aktion www.naturfuehrung.com

Seit siebeneinhalb Jahren führen Michael Zobel, Eva Töller und viele Unterstützer*innen Menschen durch den Hambacher Wald, seit 2018 im monatlichen Wechsel mit den Dörfern am Tagebau Garzweiler. Mehr als 70000 Menschen waren bisher dabei, auf den monatlichen Sonntagsspaziergängen und im Rahmen von inzwischen hunderten von Führungen für Schulklassen, Lehrerkollegien, Umwelt- und Kirchengruppen.

Und es wurde in den vergangenen Jahren viel erreicht. Gingen die ursprünglichen Planungen von RWE und Politik noch von einem Ende des Tagebaus im Jahre 2045 aus, so reduzierte sich diese Zeit schon im sogenannten Kompromiss der Kohlekommission auf 2038. Inzwischen gibt RWE bekannt, dass die Kohleförderung im Hambacher Tagebau im Jahre 2029 enden wird.

Mit dem Erfolg des BUND im Eilverfahren trat am 5. Oktober 2018 ein Rodungsstopp in Kraft. Damit ist klar: Der Tagebau wird die 650 Hektar großen Restflächen der Bürgewälder verschonen, 1,1 Milliarden Tonnen Braunkohle bleiben im Boden. Ende 2029 soll jetzt Schluss mit der Kohlegewinnung sein. Allerdings plant RWE, noch weitere 600 Hektar Fläche östlich des Hambacher Waldes auf zwei Sohlen abzubaggern, um dort Materialien für den Böschungsaufbau im Restloch zu gewinnen. Damit würde die angestrebte Wiedervernetzung der Restwälder unterbunden und ein wichtiger Lebensraum seltener Vogelarten ginge verloren. Deshalb hat der BUND am 12. März 2021 gegen die neue Hauptbetriebsplanzulassung zur erneuten Erweiterung des Tagebaus Hambach Klage eingelegt.

Der Hambacher Wald sei gerettet, das wiederholen RWE und die Landesregierung NRW in stoischer Regelmäßigkeit.

Doch dem ist nicht so. Wurde der interessierten Öffentlichkeit noch während der Räumung der Baumhäuser im Herbst 2018 von Rolf Martin Schmitz, damals Vorstandvorsitzender RWE power AG, erklärt, die Rettung des Hambacher Waldes sei schon aus simplen technischen Gründen nicht möglich. Schließlich müssten ja noch die steilen Böschungen abgeschrägt/gesichert

werden, und das sei ohne die Rodung des Waldes nicht möglich.

Damals, im Herbst 2018, waren die Bagger auf der oberen Sohle des Tagebaus noch etwa 600 Meter vom Waldrand entfernt.

Was ist in den vergangenen zweieinhalb Jahren geschehen? Die Bagger sind bis auf 50 (!) Meter an den Wald herangerückt, haben also genau die Fakten geschaffen, die eine Rettung des Hambacher Waldes nach Meinung von RWE unmöglich machen.

Das führt dazu, dass nun der Wald wissentlich ausgetrocknet wird. Seit Jahrzehnten leiden die Bäume unter der massiven Absenkung des Grundwasserspiegels durch hunderte von Pumpen (RWE nennt sie Brunnen, das klingt besser…). Glücklicherweise hat der Hambacher Wald in den vergangenen 12000 Jahren nie vom Grundwasser gelebt. Sondern vom Niederschlagwasser, das auf einer wasserstauenden Pseudogley-Schicht in etwa 8m Tiefe zurückgehalten wird und nicht sofort versickert.

Seit mehreren Jahren ist allerdings dieses Niederschlagwasser wegen der ausbleibenden Regenfälle im Sommer nicht oder nur noch in kleiner Menge vorhanden. Und wenn diese Sperrschicht bis auf 50 Meter seitlich angeschnitten wird, dann fließt das wenige vorhandene Wasser seitlich aus der Böschung. Große Temperaturunterschiede zwischen dem Tagebau und seiner Böschung und dem kühleren Wald verstärken diesen Effekt noch massiv. Eindrucksvoll werden diese Wechselwirkungen von Professor Ibisch von der Universität Eberswalde nachgewiesen.

Siehe Stellungnahme zum Entwurf der Leitentscheidung:
www.klima-allianz.de/fileadmin/user_upload/IbischBlumr%C3%B6der_Hambacher_Forst_in_der_Krise_26Okt20.pdf

Die Landesregierung NRW und auch RWE bekräftigen immer wieder, der Hambacher Wald sei gerettet. Und somit gäbe es auch keinen Grund mehr, dass weiterhin Menschen im Wald leben und ihn mit ihrer Anwesenheit schützen.

Doch in Wahrheit ist der Wald nach wie vor massiv bedroht. Wollte man den Hambacher Wald tatsächlich dauerhaft schützen und retten, dann müssten folgende Forderungen umgehend erfüllt werden:

- Sofortiger Stopp der Bagger auf der oberen Sohle des Tagebaus.
- Aufforstung des verbliebenen Tagebauvorfeldes.
- Rückbau der für die Räumung 2018 angelegten Fahrwege im Wald.
- Aufforstung dieser Wege einschließlich der ehemaligen Trasse der A4.
- Aufforstung und Vernetzung der Restwälder am Tagebau.
- Einstellung aller Kiesgrubenplanungen rund um den Wald, um eine Verinselung des Hambacher Waldes zu verhindern.
- Überführung des Hambacher Waldes in die öffentliche Hand, in eine Naturschutzstiftung o. ä.
- Evtl. eine temporäre Bewässerung des Hambacher Waldes, um ein weiteres Austrocknen zu verhindern.

Keine einzige dieser Forderungen wird aktuell auch nur ansatzweise aufgegriffen, stattdessen werden auch hier von RWE unter Billigung des Oberbergamtes Arnsberg und der Landesregierung Fakten geschaffen, die allen öffentlichen Beteuerungen zutiefst widersprechen.

- RWE darf Jahr für Jahr 450 Millionen Kubikmeter Grundwasser rund um den Tagebau abpumpen, um Kohle zu fördern, das entspricht der fünffachen Wassermenge, die die Landeshauptstadt Düsseldorf pro Jahr verbraucht.
- Die Bagger auf der oberen Sohle des Tagebaus baggern weiter Richtung Manheim, jetzt nicht mehr für Kohle, sondern „zur Gewinnung von Materialien zur Böschungsgestaltung im Hambacher Restloch".
- An der Planung der sogenannten „Manheimer Bucht" wird festgehalten, damit wird die Verinselung des Hambacher Waldes und das Austrocknen weiter forciert, das Überleben des Waldes verhindert.
- Im Oktober 2021 soll das Bochheimer Wäldchen gerodet werden, damit wird die in der Leitentscheidung befürwortete Vernetzung der verbliebenen Waldgebiete unmöglich gemacht.
- Auch im Oktober soll eine weitere Landstraße im Osten des Tagebaus entwidmet und geschlossen werden, ebenfalls zur weiteren Gewinnung von Sand und Kies.

24. September, Fridays for Future ist wieder da - GLOBALER KLIMASTREIK AM 24. SEPTEMBER – #AlleFürsKlima fridaysforfuture.de/allefuersklima/

Another world is possible – eine bessere Welt ist möglich! Als größte Jugendbewegung Deutschlands und unterstützt von diversen gesamtgesellschaftlichen Bündnissen sind wir uns dessen sicher. Deshalb gehen wir am 24. September auf die Straße.

Im ganzen Land und auf der ganzen Welt gehen wir am 24. September auf die Straßen – für den Wandel, für Klimagerechtigkeit. Denn die Bundestagswahl ist entscheidend. Denn die Gesellschaft steht hinter uns. Denn Klimagerechtigkeit wird das wahlentscheidende Thema. Denn wir sind hier und wir sind laut – wir stehen gemeinsam auf für eine gerechte und konsequente Klimapolitik.

Wir streiken für das Klima. Gemeinsam. Am 24. September. Auch in Deinem Ort.

Fazit – was ist zu tun?

Die Klimabewegung hat schon einiges erreicht. Doch es bleibt viel zu tun. Die Geschehnisse rund um den Hambacher Wald haben vielen Menschen Mut gemacht. Dass es sich lohnt, aktiv zu werden. Der Hambi hat gezeigt, dass gemeinsame Anstrengungen unterschiedlichster Akteure zum großen Ziel führen können. Die Stärke der gewachsenen Klimabewegung ist die Vielfalt der Aktionen, die Vielfalt der Menschen. Wir müssen laut und unübersehbar bleiben, dann ist das längst überfällige Ende der Braunkohleverstromung und der Stopp der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen hier im Rheinischen Revier und weit darüber hinaus zu erreichen. Ein „weiter so" kann und darf es nicht geben. Wir sehen uns – in den Dörfern, im Wald, vor den Baggern von RWE.

Weitere Informationen zum Thema und zu aktuellen Entwicklungen:

www.alle-doerfer-bleiben.de
menschenrecht-vor-bergrecht.de/
luetzerathlebt.info/
twitter.com/BuirerFuerBuir

Informationen über den Autor:

Michael Zobel – Naturführer und Waldpädagoge
www.naturfuehrung.com / E-Mail: info@zobel-natur.de

Mahnwache „Kein Platz für Antisemitismus"

Am Freitagabend (14.05.2021) gegen 17:00 Uhr fanden sich an der Synagoge in der Gelsenkirchener Innenstadt über 300 Menschen ein um ein Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen und ihre Solidarität mit der jüdischen Gemeinde zu zeigen. Anlass war eine pro-palästinensische Demonstration am vergangenen Mittwoch in Gelsenkirchen, bei der offen antisemitische Parolen gerufen wurden und versucht wurde zur Gelsenkirchener Synagoge vorzudringen.

Kathrin Ebers, Mitglied der Initiative gegen Antisemitismus Gelsenkirchen war erfreut über die Zahl der Besucher_innen: „Wir haben schon durch das hohe mediale Interesse mit vielen Teilnehmer_innen gerechnet, dass es aber über 300 Menschen werden, hat uns positiv überrascht".

Neben Vertreter_innen der Initiative gegen Antisemitismus Gelsenkirchen, der Demokratischen Initiative und der Stadt Gelsenkirchen, der Gewerkschaft GEW, der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit bei Rassismus und Antisemitismus SABRA-NRW, dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Gesellschaft für christlich-Jüdische Zusammenarbeit, der Grünen Bundestagsabgeordneten Irene Mihalic hat auch Judith Neuwald-Tasbach, Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, eine Rede gehalten.

Es wurde in den Reden die antisemitischen Geschehnisse vom vergangenen Mittwoch verurteilt und Solidarität mit der jüdischen Gemeinde Gelsenkirchen ausgesprochen.

Es wurde weiter darauf aufmerksam gemacht, dass Antisemitismus auch sonst eine reelle Gefahr für Jüdinnen und Juden darstellt und dass sich Stadt, Politik und Gesellschaft vehementer aktiv gegen Antisemitismus und jegliche Bedrohung jüdischen Lebens einsetzten müssen. In einigen Reden wurde auch auf israelbezogenen Antisemitismus aufmerksam gemacht, bei dem sich antisemitische Ressentiments hinter einer vermeintlich harmlosen Kritik an Israel und seiner Politik verstecken.

„Wir hoffen, dass die heutige Veranstaltung einen Anstoß gibt, dass Stadt, Politik und gesellschaftliche Akteur_innen langfristig und kontinuierlich noch enger und intensiver zusammen mit der jüdischen Gemeinde an der Bekämpfung von Antisemitismus arbeiten." so Kathrin Ebers.

Dass Mitglieder der AfD der Mahnwache beiwohnen wollten, verurteilen wir auf das Schärfste. Kathrin Ebers dazu: „Rassismus, Hass und Hetze, wie sie die AfD verbreitet, darf in unserer Gesellschaft keinen Platz finden und ist das letzte was wir und vor allem die jüdische Gemeinde momentan brauchen."

Während der Mahnwache kam es zu keinen Zwischenfällen. Die Coronavorschriften wurden während der gesamten Zeit vorbildlich eingehalten.

Initiative gegen Antisemitismus Gelsenkirchen / 15.5.2021

Unser Redebeitrag auf der Mahnwache „Kein Platz für Antisemitismus" am 14.5.2021
(Veröffentlicht am 15. Mai 2021)

Ich begrüße euch auf der Mahnwache „Kein Platz für Antisemitismus – Solidarität mit der jüdischen Gemeinde Gelsenkirchen". Schön, dass ihr so zahlreich erschienen seid.

Mir fehlen die Worte. Mir fehlen die Worte über das, was passiert ist; genauso wie am Mittwoch. Am Mittwoch als ich da vorne stand. Als ich diesen hasserfüllten Mob auf die Synagoge zulaufen sah. Als ich nicht wusste, ob die wenigen in kürzester Zeit hier angekommenen Polizisten und Polizistinnen in der Lage sein werden den Aufzug vor der Synagoge zu stoppen.

Vor dem Gotteshaus meiner jüdischen Mitmenschen, meiner jüdischen Freunde und Freundinnen. Sie schafften es! Zum Glück!

Was ich dann sah und hörte war aber nicht minder erschreckend und angsteinflößend.

Mit zitternden Händen versuchte ich das zu dokumentieren, was ich eigentlich nicht für möglich gehalten hatte.

Ein Mob von 200 hasserfüllten Menschen steht vor einer Synagoge und brüllt immer wieder „Scheiß Juden". „Scheiß Juden".

Es war erschreckend, es war beängstigend, es war traumatisierend.

Ich war erleichtert als der Aufzug von der Synagoge wieder verschwand. Vorbei war er aber noch lange nicht. Immer wieder antisemitische Parolen brüllend einmal quer durch unsere Innenstadt.

Nachdem es möglich war, wieder klare Gedanken zu fassen, wurde mir klar, was hier passiert ist. Und meine Gedanken galten den Menschen die davon am allermeisten betroffen waren: unseren jüdischen Mitmenschen.

Das, was da passiert ist, ist eine Flamme, eine Glut von etwas, was sich schon einmal zu einem vernichtenden Feuer ausgebreitet hat, weil nicht genügend Menschen mit Wassereimern zum Löschen bereit waren. Lasst uns gemeinsam jeden Tag und vor allem in Situationen wie diesen gefüllten Wassereimer tragen um ein Feuer zu verhindern. Es geht dabei nicht nur um unsere jüdischen Freundinnen und Freunde, es geht hier um unsere Gesellschaft, um uns alle. Denn nur eine Gesellschaft, die es schafft, alle seine Mitglieder zu schützen und ihnen Sicherheit bieten kann, ist eine intakte Gesellschaft, auch das haben wir aus der Geschichte gelernt.

Dass wir als Initiative gegen Antisemitismus heute dazu aufgerufen haben, solidarisch mit unseren jüdischen Mitmenschen zu sein, ist für mich selbstverständlich. Für mich ist es nichts wofür sich jemand bedanken muss. Es ist einfach selbstverständlich. Eine Selbstverständlichkeit. Eine Selbstverständlichkeit, die es eigentlich bei jedem von uns geben sollte. Bei jedem, der die Geschichte kennt. Bei jedem, der weiß welch unendliches Leid die jüdische Gemeinschaft seit Jahrhunderten erlitten hat. Aber leider ist es bei vielen keine Selbstverständlichkeit. Und deshalb sind wir so froh das ihr heute hier seid. Wir sind froh, dass wir der jüdischen Gemeinde in unserer Stadt zeigen können, dass sie nicht alleine steht. Dass es Menschen gibt, die sich gegen Antisemitismus stellen und zeigen, dass sie Antisemitismus und Judenhass nicht hinnehmen und alle Energie dafür einsetzen, Antisemitismus zurückzuweisen um den Platz der jüdischen Gemeinschaft in der Mitte unserer Stadtgesellschaft in Sicherheit zu bewahren.

Was uns als Initiative gegen Antisemitismus wichtig ist, ist dass Ereignisse vom Mittwoch, genau wie die Geschehnisse von Halle, nicht ausschließlich zu Beileids- und Solidaritätsbekundungen führen, sondern wir endlich gemeinsam anfangen kontinuierlich in allen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen eine intensive und kontinuierlich Arbeit gegen Antisemitismus anzustrengen. Und damit meinen wir auch explizit jeden Antisemitismus.

Und was wir abschließend mit aller Deutlichkeit sagen müssen, ist dass die Geschehnisse vom Mittwoch nicht dazu genutzt werden um Hass, Hetze oder Rassismus zu verbreiten. Dem stellen wir uns als Initiative gegen Antisemitismus mit aller Deutlichkeit entgegen.

Denn eine weitere Spaltung durch Hass und Rassismus ist das letzte was wir und vor allem die jüdische Gemeinde in Gelsenkirchen momentan brauchen.

Ich danke euch.

Kontakt zu der Initiative gegen Antisemitismus Gelsenkirchen: Internet:
noantisemitismusgelsenkirchen.noblogs.org

Fotos: Initiative gegen Antisemitismus Gelsenkirchen

Initiative gegen Antisemitismus Gelsenkirchen

Die Initiative gegen Antisemitismus Gelsenkirchen (@IgA_GE) ist ein Zusammenschluss von verschiedenen Einzelpersonen, die sich zum Ziel gesetzt haben **auf die Bedrohung eines permanenten Antisemitismus aufmerksam zu machen, bei antisemitischen Vorfällen zu intervenieren und Betroffenen von Antisemitismus solidarisch zur Seite zu stehen.**

Als erste gemeinsame Aktion organisierten wir eine Gedenkmahnwache vor der neuen Synagoge in Gelsenkirchen am 9. Oktober 2020 anlässlich des ersten Jahrestages des Anschlags auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019.

Die Initiative versteht sich als **Plattform für Aufklärung, Bildung und Austausch** in Gelsenkirchen und darüber hinaus.

Zum Beispiel wollen wir mit **Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen** eine breitere Öffentlichkeit für die Thematik sensibilisieren und zum Engagement gegen Antisemitismus mobilisieren. Ein Austausch und eine Zusammenarbeit mit vielen verschiedenen regionalen und überregionalen Akteur_innen ist uns dabei wichtig.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt wird die **Erinnerungsarbeit** sein. In verschiedenen Formaten wollen wir regelmäßig an die Verbrechen von Antisemitismus erinnern und damit auch zu einer Aufarbeitung beitragen.

Antisemitische Vorfälle wollen wir dokumentieren, veröffentlichen und mit zivilgesellschaftlichen und politischen Akteur_innen **Handlungsstrategien gegen Antisemitismus** entwerfen und unterstützen.

Konsens ist die Solidarität mit Israel, weil dieser Staat nach der Shoa und eines vorangegangenen 2000 Jahre andauernden Hasses und Antisemitismus als einziger weltweiter Zufluchtsort und Schutzraum für alle von Antisemitismus Verfolgten notwendig geworden ist. Diese Solidarität ist unabhängig von der aktuellen Situation oder der jeweiligen Administration in Israel.

Für Kooperationen stehen wir gerne zur Verfügung.

INITIATIVE GEGEN
ANTISEMITISMUS
GELSENKIRCHEN

Arbeitsdefinition Antisemitismus der „International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)“:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.

Mit der sogenannten 3D-Regel lässt sich bestimmen, ob es sich bei einer Äußerung lediglich um Kritik an Israels Politik handelt oder die Grenze zum Antisemitismus überschritten wird:

Das ist der Fall, wenn **Doppelstandards, Delegitimierung oder Dämonisierung Israels** im Spiel sind.

Beispiele:

- Aberkennung des Existenz- und Selbstbestimmungsrechts Israels
- Vergleich bzw. Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus
- Anlegen anderer Maßstäbe an Israel als an andere Länder
- Verantwortlichmachen von Juden aus aller Welt für das Regierungshandeln Israels
- Bezugnahme auf Israel oder Israelis mit antisemitischen Bildern, Symbolen oder Floskeln.

Kontakt zu der Initiative gegen Antisemitismus Gelsenkirchen: Internet:
noantisemitismusgelsenkirchen.noblogs.org

Text und Fotos: Initiative gegen Antisemitismus Gelsenkirchen

Verschärfter Klimaschutz durch Verfassungsrichter – sehr wichtig, aber dennoch zu wenig*

von Prof. Dr. Hartmut Graßl

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat am 29. April 2021 die Bundesregierung aufgefordert, das Klimaschutzgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das nur bis 2030 Klimaschutz mit moderaten Reduktionszahlen für bestimmte Sektoren wie Heizung von Gebäuden und den Verkehr belegt, wegen verfassungswidrig zu hoher Belastung der jungen Generation mindestens für die Zeit nach 2030 nachzubessern, und zwar bis spätestens 2022. Die bisher fast immer erfolgreiche fossile Lobby, die in Deutschland im Stromsektor mit Stein- und Braunkohlekraftwerken nicht nur die größten Treibhausgas-Emittenten besitzt und mit diesen Klimasünden gut verdient hat, sondern auch durch Erdölprodukte im Verkehrssektor bisher fast überhaupt nicht emissionsmindernd war, hat damit eine unerwartete Niederlage erlitten. Viele Umweltverbände, Bürger und ich frohlocken.

Aber auch ein im Sinne des Grundgesetzes verschärftes deutsches Klimaschutzgesetz, das die Last auf der jüngeren Generation mindert, und das damit vielleicht sogar hilft, das völkerrechtlich verbindliche Paris-Abkommen einzuhalten, beseitigt auch dann das generelle Zuspätkommen beim globalen Klimaschutz nicht. Denn der anthropogene Zuschlag bei den Temperaturen und die daraus folgende Umverteilung des Niederschlags wird über Jahrhunderte allen nachkommenden Generationen zunächst noch wachsende Lasten aufbürden, wie z. B. heftigere und längere Hitzewellen und extreme Niederschläge. Das zentrale Ziel des Paris-Abkommens „wesentlich unter 2°C" für die Erhöhung der mittleren Lufttemperatur in Erdoberflächennähe ist für die hohen nördlichen Breiten mit einem etwa dreifach höheren Wert verbunden. Es wird zum verstärkten Abschmelzen des Inlandeises in Grönland über mindestens Jahrhunderte führen und den weniger gut abschätzbaren Beitrag durch die großen Eisströme der Antarktis nicht klein halten. Alle diese Schmelzwasser werden sich wegen dadurch geringerer Erdanziehung überwiegend in den Tropen anhäufen und dort den Meeresspiegel um Meter erhöhen. Die Menschen in den Millionenstädten in den Tropen müssen als nur wenig zur Klimaänderung Beitragende als Erste in großer Zahl vor den Fluten weichen und viele werden bei Extremereignissen ertrinken.

Für mich ist nach dem Paukenschlag aus Karlsruhe zentral wie Gerichte anderer Länder richten werden. Noch Ende März hat der Europäische Gerichtshof die Klage von zehn Familien für höhere Klimaschutzziele der Europäischen Union als unzulässig abgewiesen, weil ein Individuum nicht gegen EU-Gesetze, die alle betreffen, klagen könne. Nur in den Niederlanden hat bisher das höchste Gericht Ende 2019 die Regierung zu mehr Klimaschutz verpflichtet.

Am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ist von sechs Kindern und Jugendlichen aus einer von Waldbränden verheerten Region Portugals eine Klage gegen 33 europäische Länder anhängig. Da das Gericht die Regierungen relativ rasch zu einer Stellungnahme aufgefordert hat, die bis 27. Mai 2021 eingehen muss, hoffen die Kläger auf eine baldige Rechtsprechung natürlich in ihrem Sinne.

Gibt es eine Möglichkeit über die bisherigen Ziele des Paris-Abkommens hinaus Klimaschutzpolitik zu treiben und der Atmosphäre Kohlendioxid auf natürliche Weise zu entziehen? Ja, indem mit der Umstellung der Energieversorgung auf Sonne und Wind auch das Wissen über den globalen Kohlenstoffkreislauf genützt wird und der Kohlenstoffspeicher Böden gezielt vergrößert wird. Das heißt Humus bildende landwirtschaftliche Praktiken, Ende der Abholzung und veränderte Waldbewirtschaftung, Aufforstung sowie Erhaltung oder Wiedervernässung der Moore. Dazu sind für eine globale Wirkung zusätzliche Protokolle zum Paris-Abkommen nötig.

Auch muss bei jetzt erreichten sehr niedrigen Kosten für Strom aus Solarzellen die noch immer subventionierte Nutzung nicht erneuerbarer Energieträger rasch beendet werden. Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas hat uns ein globales Klimaproblem über mindestens Jahrhunderte eingebrockt, weitere Kernenergienutzung führt zu weiteren unbewohnbaren Regionen und zwänge uns noch mehr gefährlich strahlenden Müll über Jahrhundertausende zu bewachen und schließlich unerreichbar tief in der Erdkruste zu lagern.

Über den Autor: Hartmut Graßl ist emeritierter Direktor des Max-Planck-Instituts für Meteorologie und ehemaliger Professor der Universität Frankfurt. Neben seiner Funktion als Co-Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) e.V. ist er in verschiedenen wissenschaftlichen, wissenschaftspolitischen und wirtschaftlichen Gremien tätig. Auch ist er Herausgeber der wissenschaftlichen Fachzeitschrift „Theoretical and Applied Climatology" und Mit-Herausgeber des Online-Magazins „klimareporter". Zuvor war Hartmut Graßl u. a. Mitglied und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates Globale Umweltveränderungen (WBGU) der Deutschen Bundesregierung, Mitglied von Enquête-Kommissionen zum Schutz der Erdatmosphäre des Deutschen Bundestages, Direktor des Weltklimaforschungsprogramms (WCRP) sowie von 2007 bis 2015 Vorsitzender des Bayerischen Klimarates. Für seine Verdienste erhielt er zahlreiche Auszeichnungen, u. a. den Deutschen Umweltpreis der DBU und das Große Bundesverdienstkreuz am Bande der BRD.

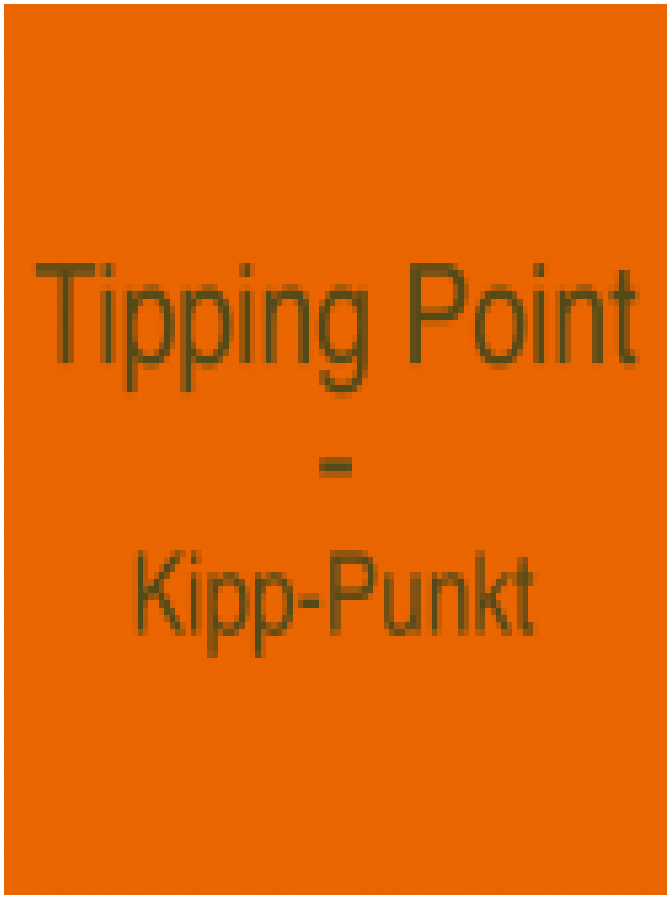
* Dieser Text ist ebenfalls auf der Website der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler – VDW im VDW-Blog erschienen. (Internet: www.vdw-ev.de)

An alle Theatermacher!

Tipping Point – Kipp-Punkt

Ein Theaterstück von Werner Mittelstaedt

Das weltweit erste Theaterstück, das den durch uns Menschen verursachten Klimawandel behandelt und das Tag für Tag aktueller wird



Über das Theaterstück: Es ist Samstag, der 6. Juni 2026. Zur besten Sendezeit strahlen die Fernsehsender ARD, ZDF, 3Sat, ARTE, PHOENIX und EURONEWS erstmals gemeinsam die bekannte Talkshow »Bettina ROLAND« live im Fern sehen aus. Normalerweise ist der Sendeplatz für diese Talkshow freitags ab 23.00 Uhr nur im ZDF. Dass diese Sendung nun zur Primetime an einem Samstag von sechs Fernsehsendern zeitgleich ausgestrahlt wird, hat einen ganz ernsten Hintergrund: Der »Tipping Point« (Kipp-Punkt) im Klimasystem der Erde mit langanhaltenden lokalen und globalen Auswirkungen ist eingetreten. Der Weltklimarat hat darüber am 1. Juni 2026 auf der in die Geschichtsschreibung eingehenden Pariser Pressekonferenz die Weltöffentlichkeit informiert.

Kurz vor der Sendung wird Bettina Roland mit vielen Neuigkeiten konfrontiert und gerät aus unterschiedlichen Gründen in unangenehme Situationen. Dann diskutiert sie mit ihren sechs Gästen, wie es zum »Tipping Point« kommen konnte und was unternommen werden muss, um seine Folgen erträglich zu halten.

Es entwickelt sich eine äußerst turbulente Gesprächsrunde, die viele Überraschungen parat hält. Dabei kommen nahezu alle relevanten Daten und Fakten über den Klimawandel und die Möglichkeiten ihn einzudämmen kontrovers zur Sprache.

Länge: 80 Minuten
Rollenanzahl: 8, (3 w, 5 m)
Altersstufen: Erwachsenentheater, 10. bis 13. Schuljahr

Leseprobe, Ansichtsexemplar, Rollentexte sind erhältlich bei der Theaterbörse Braunschweig über das Internet:

www.theaterboerse.de/shop/de/theaterstuecke/genre-umwelt-gentechnik/4068-tipping-point-kipp-punkt.html#

Impressum

BLICKPUNKT ZUKUNFT©
ISSN: 0720-6194

Herausgeber: Werner Mittelstaedt (W.M.)

Redaktionsanschrift: Ecksteins Hof 50,
D-45721 Haltern am See

E-Mail: werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Website: www.blickpunkt-zukunft.com

Wikipedia: de.wikipedia.org/wiki/Blickpunkt_Zukunft

Redaktion: Werner Mittelstaedt (v.i.S.d.P.),
Mechthild Mittelstaedt (Beratung und Schlussredaktion)

Herstellung und Gestaltung:
Werner Mittelstaedt

Druck: Multionline GmbH
Heinrich-Dreyer-Straße 1, 27798 Hude

Diese Zeitschrift ist aus 100% chlorfrei gebleichtem Papier hergestellt worden, das bei der Herstellung die ISO-Norm 14001 erfüllt.

Copyright: Alle Rechte beim Herausgeber
Werner Mittelstaedt

Erscheinungsweise: 2 Ausgaben im Jahr.

Nachdruckerlaubnis: Nachdruck, auch auszugsweise, von nicht ausdrücklich mit Nachdruckerlaubnis ausgewiesenen Artikeln nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder die des Herausgebers wieder.

Werner Mittelstaedt

Anthropozän und Nachhaltigkeit

Denkanstöße zur Klimakrise und
für ein zukunftsfähiges Handeln

Peter Lang – Internationaler Verlag der Wissenschaften, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Warszawa, Wien 2020.

242 Seiten, Hardcover, 4 farb. Abb., Personen- und Sachregister, € 29.95, ISBN: 978-3-631-82523-1
(In allen E-Book-Formaten erhältlich!)

Was genau ist das Anthropozän und wie ist es entstanden? Welche Kräfte wirken in ihm? Wohin führt es die globale Zivilisation? Hat das Anthropozän die Klimakrise herbeigeführt? Gibt es durch das Anthropozän praktisch keine reale Nachhaltigkeit mehr? Was kann aus den vielen Krisen im Anthropozän gelernt werden?

Diese Fragestellungen werden gut lesbar und anschaulich auf dem aktuellen Stand der Dinge behandelt. Auf dieser Basis stellt der Autor einen detaillierten Plan zur Abschwächung der Klimakrise vor, der durch einzelne Staaten verwirklicht werden könnte. Außerdem präsentiert er ein Konzept zur Erzielung realer Nachhaltigkeit und begründet, warum das Anthropozän als neues Erdzeitalter ausgerufen werden sollte. In diesem Kontext geht der Autor auch auf die Coronavirus-Pandemie ein.

Das Buch schließt mit der Aufforderung, die »zweite Aufklärung« voranzutreiben. Sie ist notwendig, um das noch verbleibende Zeitfenster von wenigen Dekaden zu nutzen, damit das Anthropozän zukunftsfähig wird.

Aus dem Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Macht euch die Erde untertan! / Die große Beschleunigung seit dem Jahr 1950 / Acht zukunftsgefährdende Megatrends / Droht der Untergang der globalen Zivilisation? / Das Anthropozän – das Zeitalter des Menschen / Warum das Anthropozän offiziell ausgerufen werden sollte

Zweiter Teil: Wege aus der Klimakrise – Zukunftsfähigkeit sichern / Der Blick auf die Erde / Nicht unrealistische Sofortmaßnahmen / Notwendigkeiten für die zukunftsfähige Weltgesellschaft:
a) Wertorientierungen und Denkmuster
b) Handlungsmuster

Dritter Teil: Die zweite Aufklärung oder »Nach uns die Sintflut«

Glossar: Zukunftswissen im Anthropozän

Rezensionen und Buchvorstellungen (Auswahl):

Rezension der Zeitschrift pro zukunft - Robert Jungk Bibliothek für Zukunftsfragen durch Hans Holzinger:

www.prozukunft.org/buecher/anthropozaen-und-nachhaltigkeit

Rezension in der Zeitschrift Spektrum der Wissenschaft durch Martin Schneider:
www.spektrum.de/rezension/buchkritik-zu-anthropozaen-und-nachhaltigkeit/1762122

Rezension im blog.energing.de
durch Joerg Bergmann (siehe: blog.energing.de)

Buchvorstellung in der Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) Gelsenkirchen durch Elisabeth Höving:

www.waz.de/staedte/gelsenkirchen/autor-warnt-im-neuen-buch-vor-der-drohenden-klimakatastrophe-id230704084.html

Peter Nitschke

Antinomien der Globalisierung

Über die Gleichzeitigkeit des Ungleichen

Peter Lang – Internationaler Verlag der Wissenschaften, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Warszawa, Wien 2021. 304 Seiten, Hardcover, € 44.95, ISBN: 978-3-631-85184-5 (In allen E-Book-Formaten erhältlich!)

Die Globalisierung verläuft keineswegs linear und wird deshalb von vielen Menschen als Bedrohung empfunden. Mit dem Fokus auf sieben Schwerpunktthemen wird die Widersprüchlichkeit und Komplexität der Globalisierung in ihren geopolitischen Erscheinungsformen vorgestellt und analysiert. Es geht dabei um die Frage nach der richtigen Relation zwischen Arm und Reich, dem Ausmaß der Digitalisierung, den kulturellen Konfliktlinien, der internationalen Migration, den Anfeindungen für demokratische Gesellschaften sowie den Entsicherungen in Form von neuen Kriegen und Terror.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

I. Das Ungleichzeitige in der Globalisierung
II. Das „Neuland" in der Kommunikation
III. Arm und Reich
IV. Kulturkämpfe
V. Die Demokratie und ihre Feinde
VI. Masseneinwanderung
VII. Entsicherungen

Ausblick auf die Globalisierung

Register

Pechlaner, Harald, Habicher, Daria, Innerhofer, Elisa (Hrsg.)

Transformation und Wachstum

Alternative Formen des Zusammenspiels von Wirtschaft und Gesellschaft

SpringerGabler 2021, Softcover, Wiesbaden, 243 Seiten, 12 Abb., € 69.99, ISBN: 978-3-658-32808-5, E-Book (PDF) € 54.99, ISBN: 978-3-658-32809-2

Die Herausgeber wollen mit diesem Band ein Neu-Denken von auf Wachstum basierenden Wirtschaftsformen und damit einhergehenden Gesellschaftsformen anregen, mögliche Alternativen zum vorherrschenden Wachstumsdenken aufzeigen und neue Formen der Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft zur Diskus-

sion stellen. Der Herausgeberband widmet sich ausgewählten Themen und Aspekten der aktuellen Wachstums- und Transformationsdebatte. Die Beiträge legen den Schwerpunkt auf wissenschaftliche Aspekte, präsentieren empirische Ergebnisse oder führen die Wachstumsdiskussion anhand von konkreten Praxisbeispielen.

Neu-Denken von auf Wachstum basierenden Wirtschaftsformen. Neue Formen der Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft. Sammelband zur aktuellen Wachstums- und Transformationsdebatte.

Inhalt:

Einführung
von Harald Pechlaner, Elisa Innerhofer, Daria Habicher

Zur Wachstumsdiskussion – Diskurse über Wachstum, Wohlstand, Nachhaltigkeit

Transformation und Wohlfahrt: Die Ordnung von Demokratie und Marktwirtschaft
Autor: Henning Vöpel

Wachstumswende – eine zwingende Notwendigkeit
Autor: Werner Mittelstaedt

Jenseits von A-Growth: Nachhaltige Ökonomien ohne Wachstum
Autor: Steffen Lange

The Grounds of Frugality: Policy Instruments, Limits to Technology and Growth, and the Difficult Role of the "Good Life"
Autor und Autorin: Felix Ekardt, Jutta Wieding

Wege der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft

Politische Postwachstumsökonomie – Wirtschaften und Leben jenseits des Wachstumszwangs
Autor: André Reichel

Das Vorsorgeprinzip Revisited – Ansätze einer Umweltethik für das 21. Jahrhundert
Autor: Michael de Rachewiltz

Environmental and Social Justice: Key for 2030 Agenda Implementation
Autorin: Leida Rijnhout

Finanzwirtschaft am Kipp-Punkt? Neue Entwicklungen an der Schnittstelle von Klimakrise und Finanzwirtschaft
Autor und Autorin: Jörg Haas, Barbara Unmüßig

Suffizienz in der Konsumgesellschaft – Über die gesellschaftliche Organisation der Konsumreduktion
Autor: Karl-Michael Brunner

Empirische Studien und praxisnahe Beispiele

Kann eine Transformation in Richtung mehr Nachhaltigkeit und weniger Wachstumszwänge gelingen? Einblicke aus dem Obervinschgau
Autorin und Autor: Susanne Elsen, Armin Bernhard

Unternehmen und ihre Rolle in der sozialökologischen Transformation: Zur Bedeutung von Verständnis, Bekenntnis und Strategie
Autorin: Daria Habicher

Gemeinwohl und Unternehmensdemokratie: Demokratische Unternehmensstrukturen in gemeinwohlbilanzierten KMU
Autorinnen und Autoren: Daria Habicher, Elisa Innerhofer, Harald Pechlaner, Felix Windegger

Wirtschaft gemeinsam gestalten
Autorin: Bianca Elzenbaumer

IALANA

International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms

Ächtung von Atomwaffen ist Einsatz für Menschenrechte und den Schutz der Umwelt

(IALANA Presseerklärung vom 7. Juli 2021.) Das epochale Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Rechtswidrigkeit von Atomwaffen ist nach 25 Jahren aktueller denn je, sagen Otto Jäckel und Amela Skiljan von IALANA Deutschland aus Anlass des 25. Jahrestags der Veröffentlichung des Gutachtens am 08. Juli 1996.

Der Einsatz von Atomwaffen und schon die Drohung damit stehen generell im Widerspruch zu den in einem bewaffneten Konflikt verbindlich anzuwendenden Regeln des internationalen Rechts, insbesondere den Regeln des humanitären Völkerrechts. Dies ist die zentrale Erkenntnis des wichtigsten Rechtsprechungsorgans der Vereinten Nationen mit Sitz in Den Haag.

Eine Initiative der Zivilgesellschaft

Zur Erstattung des Gutachtens beauftragt worden war der IGH durch eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1994. Diesem Beschluss vorausgegangen war eine zivilgesellschaftliche Kampagne, initiiert von IALANA, IPPNW und dem von Bertha von Suttner gegründeten Internationalen Friedensbüro IPB, der sich weltweit über 2.000 Initiativen angeschlossen hatten und die dem Gericht im Friedenspalast von Den Haag über eine Million Unterschriften übergab.

Atomwaffenfreie Zonen und UN-Resolutionen

Das Gericht hatte sich bei seiner Untersuchung zunächst mit den bestehenden internationalen Verträgen und UN-Resolutionen beschäftigt, die sich mit Atomwaffen befassen und war zu dem Ergebnis gekommen, dass noch keine vertraglichen oder gewohnheitsrechtlichen Regeln bestünden, nach denen der Einsatz von Atomwaffen in jedem Fall erlaubt oder verboten sei. Ein Verbotsvertrag wie für biologische oder chemische Massenvernichtungswaffen bestand zu dieser Zeit noch nicht. Wegen der regionalen Begrenztheit der Verträge von Tlatelolco, Rarotonga, Bangkok und Kairo über die Errichtung von atomwaffenfreien Zonen in Südamerika, im Südpazifik, in Südasien und in Afrika sowie wegen der Gegenstimmen gegen die Vielzahl von Resolutionen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen, mit denen die Atomwaffenmächte zur Abrüstung aufgefordert worden sind, könne noch nicht von einer allgemeinen Rechtsansicht (opinio juris) gesprochen werden, wonach Atomwaffen per se rechtswidrig seien.

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der militärischen Mittel

Das Gericht hatte sich sodann den im bewaffneten Konflikt einzuhaltenden Regeln der Charta der Vereinten Nationen und des humanitären Völkerrechts zugewandt und folgendes festgestellt. Das Recht auf Notwehr in Art. 51 UN-Charta, wonach jeder Staat das Recht hat, sich gegen einen bewaffneten Angriff zur Wehr zu setzen, bis der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sich der Sache angenommen hat, unterliege bestimmten Einschränkungen, die sich aus den Grundsätzen der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit ergeben. Es gibt eine besondere gewohnheitsrechtliche Regel, wonach nur Maßnahmen gerechtfertigt sind, die zu dem bewaffneten Angriff im Verhältnis stehen und notwendig sind, um ihm zu begegnen (Ziffer 41 des Gutachtens).

Die Regeln des humanitären Völkerrechts

Darüber hinaus muss nach Ansicht des IGH jede der Verteidigung dienende Gewaltanwendung zugleich die für bewaffnete Konflikte verbindlichen Bedingungen des humanitären Völkerrechts erfüllen. Dazu zählen insbesondere das „Haager Recht" über die Gesetze des Landkriegs, das die Mittel und Methoden beschränkt, den Feind in einem internationalen bewaffneten Konflikt zu schädigen, das „Genfer Recht", das die Kriegsopfer schützt und darauf abzielt, das Leben kriegsunfähiger Angehöriger der Streitkräfte und unbeteiligter Personen zu schützen und schließlich das Recht, mit dem die Anwendung bestimmter Waffen wie erstickende Gase, Dumdum-Geschosse, die sich im Körper aufpilzen, biologische und chemische Waffen und Anti-Personen-Landminen verboten werden. Im Ergebnis gelangte er zu der Feststellung, dass Atomwaffen generell gegen das Humanitäre Völkerrecht verstoßen, weil deren Waffenwirkung nicht zwischen Kombattanten und Zivilisten unterscheidet, sie durch ihre radioaktive Strahlung unnötige Qualen verursachen und zu Schäden an der Umwelt und den Lebensgrundlagen der Menschen für zukünftige Generationen führen.

Das Neutralitätsgebot

Zudem verstoßen Atomwaffen gegen das Neutralitätsgebot, wonach das Territorium neutraler Mächte unantastbar ist, wie es schon in Artikel 1 des Haager Übereinkommens über die Rechte und Pflichten neutraler Mächte und Personen im Falle der Landkriegführung von 1907 hieß. Der Gerichtshof stellte klar, dass dieses Neutralitätsprinzip sich auch auf Schäden bezieht, die durch den Waffeneinsatz in einem kriegführenden Land verursacht werden.

Eine fiktive Zusatzfrage der Atommächte, die der IGH unbeantwortet ließ

Die Nuklearmächte berufen sich stets darauf, dass der IGH im Tenor seines Gutachtens auch erklärt hat, er könne angesichts der gegenwärtigen Lage des Völkerrechts und angesichts des ihm zur Verfügung stehenden Faktenmaterials nicht definitiv die Frage entscheiden, ob die Androhung oder der Einsatz von Atomwaffen in einer extremen Selbstverteidigungssituation, in der die Existenz eines Staates auf dem Spiel stünde, rechtmäßig oder rechtswidrig wäre. Aus dem Kreis der Atomwaffenstaaten war argumentiert worden, dass der Einsatz von Atomwaffen in einer extremen Notwehrsituation jedenfalls dann erlaubt sein müsse, wenn es sich bei den eingesetzten Atomwaffen um „saubere" Atomwaffen mit niedriger Sprengkraft handele. Die Aussage des Gerichts hierzu war der Tatsache geschuldet, dass nach der Feststellung des IGH keiner der Staaten, die für die Rechtmäßigkeit der Anwendung von Atomwaffen eintreten, in dem Verfahren näher ausgeführt hatte, welche die genauen Bedingungen eines solchen ausnahmsweise zulässigen Einsatzes sein sollten und welche Eigenschaften angeblich „saubere" Atomwaffen haben könnten.

Keine offene Hintertür für Nuklearmächte

Wie der seinerzeitige Präsident des IGH, Mohammed Bedjaoui, in einer Besprechung des Gutachtens erklärte, bekundete der Gerichtshof mit dieser Passage lediglich seine fehlende Information über die von den Atomwaffenstaaten behauptete mögliche Entwicklung von „sauberen" Atomwaffen. Nach seiner Überzeugung sei gerade die bei der Explosion von Atomwaffen freigesetzte radioaktive Strahlung die typische Eigenschaft von Atomwaffen, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstoße. „Saubere" Atomwaffen, die keine radioaktive Strahlung verursachten, seien eben keine Atomwaffen mehr. Entscheidend bleibt somit, dass der IGH in den Gründen seines Gutachtens wiederholt betont hat, Notwehr sei nur mit Waffen erlaubt, deren Anwendung den Prinzipien und Regeln des humanitären Völkerrechts nicht widersprechen; der IGH hat erklärt, dass das Notwehrrecht nach Art. 51 UN-Charta durch das humanitäre Völkerrecht eingeschränkt ist, „welche Mittel der Gewalt auch eingesetzt werden." Damit ist Notwehr mit Atomwaffen grundsätzlich völkerrechtlich verboten, weil diese nach dem gegenwärtigen Stand der Waffentechnik nicht zwischen Zivilisten und Kombattanten unterscheiden, vor allem durch ihre radioaktive Strahlung unnötige Qualen verursachen, die Umwelt und die Grund-

lagen zukünftigen Lebens zerstören und neutrale Staaten grenzüberschreitend in Mitleidenschaft ziehen. Zudem kann durch die ausdrückliche Erklärung des IGH, dass er über den Einsatz von Atomwaffen in einem bestimmten Szenario unter bislang unbekannten Bedingungen keine Entscheidung treffe, nicht der Schluss gezogen werden, er habe diese Frage in dem Sinne beantwortet, der Einsatz in diesem Szenario sei völkerrechtlich zulässig. Eine Frage offen zu lassen heißt eben gerade nicht, sie zu bejahen.

Die doppelte Pflicht, in gutem Glauben zu verhandeln und mit dem Ergebnis der vollständigen atomaren Abrüstung abzuschließen

Einstimmig vertrat der Gerichtshof schließlich die Rechtsauffassung, aus Artikel 6 des Nichtverbreitungsvertrags und aus den Regeln des humanitären Völkerrechts ergebe sich die Verpflichtung, Verhandlungen in gutem Glauben fortzusetzen und abzuschließen, die zu atomarer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und effektiver internationaler Kontrolle führen.

Der Atomwaffenverbotsvertrag, die Bundesregierung und die „nukleare Teilhabe"

Die Tatsache, dass die Atommächte sich beharrlich weigern, ihrer Pflicht zur Verhandlung über eine vollständige nukleare Abrüstung nachzukommen, führte erneut die Zivilgesellschaft auf den Plan. Die Internationale Kampagne gegen Atomwaffen ICAN initiierte erfolgreich die Verhandlungen über den Abschluss eines Atomwaffenverbotsvertrags unter der Ägide der Vereinten Nationen. Der Vertrag trat am 22. Januar 2021 in Kraft. Die noch im Amt befindliche Bundesregierung folgte dem Aufruf der US-Regierung an alle NATO-Staaten, sich nicht daran zu beteiligen. In dem Jahresabrüstungsbericht 2020 von Außenminister Maas vom 04. Mai 2021 lesen wir dazu auf Seite 22: „Der Atomwaffenverbotsvertrag ist mit Deutschlands bündnispolitischen Verpflichtungen und insbesondere mit der nuklearen Teilhabe in der NATO unvereinbar".

Dabei ist bezeichnend, dass die Bundesregierung in ihrem Bericht die Regeln des humanitären Völkerrechts in richtiger Weise präzise benennt, wenn es z.B. um das VN-Waffenübereinkommen geht, das das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes konventioneller Waffen zum Gegenstand hat, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (S. 40), bezüglich des Einsatzes von Atomwaffen diese Regeln jedoch völlig ignoriert.

Damit geht einher, dass die Bundesregierung sich mit den Jagdfliegern der Bundesluftwaffe auch im kommenden Herbst wieder an der Atomkriegsübung „Steadfast Noon" beteiligen will.

Diese Haltung der Bundesregierung befindet sich im offenen Widerspruch zu ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen. Eine Auseinandersetzung der Bundesregierung mit dem humanitären Völkerrecht in der höchstrichterlichen Interpretation durch den IGH findet nicht statt. Wenn ihre Vertreter darauf angesprochen werden, flüchten sie sich im Zweifel mit dem Argument, Atomwaffen seinen ja nur „politische Waffen", die niemand anwenden wolle, aus der Diskussion. Eine öffentliche Debatte hierzu ist überfällig. Initiator dieser Debatte wird wiederum die Zivilgesellschaft sein müssen, so Otto Jäckel und Amela Skilian abschließend.

Otto Jäckel Amela Skiljan

Kontakt: www.ialana.info

Die „Gesellschaft nach dem Geld" - erst mal im Computer

von Annette Schlemm, Projektgruppe „Gesellschaft nach dem Geld"

Während sich die Krisen der kapitalistischen Gesellschaft häufen, wird die Suche nach alternativen Wirtschafts- und Lebensformen immer dringlicher. Manchmal beschränkt sich diese Suche auf bloß landwirtschaftlich-handwerkliche Re-Produktionsformen, manchmal werden die neuen digitalen Informations-Kommunikations- und Vernetzungsmittel in den Mittelpunkt der Suche gestellt. Dies erfolgt z.B. bei den unterschiedlichen Konzepten eines *Computer-Sozialismus* (Peters 2000, auch Dyer-Witheford 2013, Saros 2014, Morozow 2019). In der Projektgruppe *„Gesellschaft nach dem Geld"* (2018) wurden in einer interdisziplinären Zusammenarbeit Konzepte und Ideen dafür erarbeitet, wie eine nachkapitalistische Gesellschaft ganz ohne Geld auskommen könnte. Eins dieser Konzepte wird nun mit einer *Agentenbasierten Modellierung* (ABM) im Computer simuliert. Das geschieht innerhalb einer von der VW Stiftung geförderten interdisziplinären Zusammenarbeit - während der Corona-Zeit in bewährter Weise auch auf Grundlage der digitalen Vernetzung.

Das Konzept des *Commonismus*

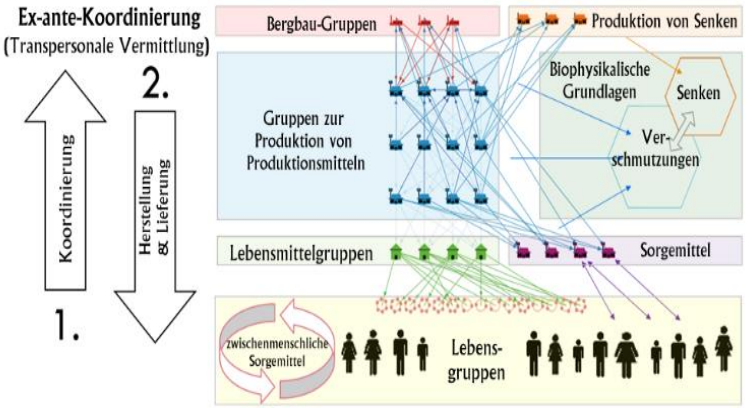
Bisher scheint es das Geld zu sein, das die wirtschaftliche Welt zusammenhält. Gegen sozialistische Konzepte seiner Zeit argumentierte Friedrich Hayek, dass in komplexen Wirtschaften die „Verteilung der verfügbaren Ressourcen auf verschiedene Nutzungen" (Hayek 1935/1963: 4) nur durch Märkte, die mit Geld agieren, möglich sei. Das Ende der planwirtschaftlichen Sozialismus-Ansätze 1990 scheint das zu bestätigen. Was aber, wenn es neben Markt und Plan noch andere Koordinierungsmechanismen gäbe? Die EntwicklerInnen von Freier Software können sich global verteilt zum Zweck der Herstellung hochkomplexer Produkte arbeitsteilig selbst organisieren, ohne dass sie dazu Märkte oder zentral ausgearbeitete Pläne brauchen. Aus dieser Praxis heraus entwickelte sich letztlich die Vorstellung, dass auch alle anderen Re-Produktionstätigkeiten in solcher Weise ausgehend von individueller Selbstbestimmung selbst-organisiert werden könnten (dies wurde vor allem online über 20 Jahre diskutiert im Projekt *„Oe-*

konux" (Wikipedia: Oekonux) und „*keimform.de*"). Simon Sutterlütti und Stefan Meretz nahmen diese Gedanken als Ausgangspunkt für ihr Buch „*Kapitalismus aufheben*" (2018). Hier begründeten sie die individuellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine Welt, in der die Herstellung der zum Leben benötigten Güter und Handlungen nicht mehr über geldbasierte Märkte koordiniert werden muss, sondern sich z.B. wie bei der Erarbeitung der Einträge in Wikipedia durch freiwillige Mitarbeit an – bei Wikipedia durch rote Links – gekennzeichneten Aufgabenstellungen ergibt. Die wichtigste Veränderung gegenüber den vorherrschenden Vorstellungen über die Wirtschaft besteht in einem anderen Konzept von Menschen. Menschen müssen demnach nicht zur Arbeit gezwungen, überredet oder „gekauft" werden, sondern Menschen haben sowieso „produktive Bedürfnisse". Dies sind Bedürfnisse, „die die emotionale Grundlage für Kontrolle der Lebensbedingungen, d.h. ... für die Tendenzen zur Teilhabe an gesellschaftlicher Realitätskontrolle und kooperativer Integration bilden" (Holzkamp-Osterkamp 1976: 23). Deshalb können sie sich freiwillig, d.h. „motiviert" an den notwendigen Tätigkeiten beteiligen. Die hier verwendeten Begriffe stammen aus der *Kritischen Psychologie* nach Klaus Holzkamp (1983) und Ute (Holzkamp-) Osterkamp; sie unterscheiden sich deutlich von allen Theorien über Individuen, bei denen diese als isolierte Einzelwesen vorgestellt werden, die erst „nachträglich" sozialisiert/vergesellschaftet werden müssten, die deshalb z.B. auch Geldbeziehungen bräuchten, um arbeitsteilig arbeiten zu können. In dem von Holzkamp begründeten neuen Selbstverständnis von Individuen sind Menschen auch nicht wirklich glücklich, wenn um sie herum alle anderen unglücklich sind – die jeweils eigene Bedürfnisbefriedigung hängt einerseits ganz praktisch von der Bedürfnisbefriedigung der anderen ab – andererseits bildet sich diese Verflechtung der Bedürfnisse auch in unserer Psyche ab, solange sie nicht durch das Leben in einer die Menschen isolierenden Gesellschaftsform verschleiert und unterdrückt wird. Diese Verflechtung folgt einer „Inklusionslogik" (Sutterlütti, Meretz 2018: 34, 151, 235) – im Gegensatz zur „Exklusionslogik", wie sie insbesondere den Kapitalismus kennzeichnet. Diese Verflechtung ist immer da und braucht zu ihrer vollen Verwirklichung aber neue gesellschaftliche Verhältnisse, den „*Commonismus*". Diese Bezeichnung leitet sich ab von *Commons*, d.h. von „Ressourcen (Code, Wissen, Nahrung, Energiequellen, Wasser, Land, Zeit u.a.), die aus selbstorganisierten Prozessen des gemeinsamen bedürfnisorientierten Produzierens, Verwaltens, Pflegens und/oder Nutzens (Commoning) hervorgehen" (Wikipedia: Commons). Im Begriff des *Commoning* (d.h. des „selbstorganisierten Prozesses des gemeinsamen bedürfnisorientierten Produzierens, Verwaltens, Pflegens und/oder Nutzens") finden sich vielfältige Praxen zusammen, die nicht nur bei der Re-Produktion der o.g. Freien Software wirken, sondern traditionell und gegenwärtig durchaus auch in anderen Gebieten noch bzw. schon vorhanden sind und die gegenüber der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sich übergreifend und verallgemeinernd als Grundform des Zusammenwirkens für eine neue Gesellschaftsordnung nach dem Kapitalismus durchsetzen könnten.

Agentenbasierte Modellierung des Commonismus

Viele der eben vorgestellten Grundideen wirken erst einmal vage und es entsteht die Frage: Und wie genau soll das gehen? Viel kann man sich schon in vorhandenen Commoning-Praxen anschauen. Aber als Basis der gesamtgesellschaftlichen, global vernetzten Versorgung aller Menschen ist Commoning weder erprobt noch leicht vorstellbar. In der Projektgruppe „*Gesellschaft nach dem Geld*" entstand deshalb nach der Veröffentlichung des Buches aus dem ersten Projekt (2018) die Idee, das Konzept des „Commonismus" in einer *Agentenbasierten Modellierung* (ABM) zu simulieren und zu testen (Grundlagen zu ABM siehe Gilbert 2008, Webpräsenz des Projektes siehe https://nach-dem-geld.de/). Dabei werden softwaretechnischen Objekten, d.h. den „Agenten", Variablen eingeschrieben, die die Basis für eine Interaktion zwischen ihnen darstellen, wobei sich die Variablen wiederum verändern. Zwar werden zu Beginn die Variablen und auch die Funktionen, nach denen sich die Interaktion richten, vorgegeben, aber was im Ganzen daraus entsteht, ist nicht vorherbestimmbar. Hier ist die gesamte Dynamik wirklich „mehr als die Summe ihrer Teile", d.h. es entsteht „Emergenz", ein nicht vorhersehbarer Gesamtzusammenhang. Das „Modell" ist ein Computerprogramm, in dem die Agenten und Funktionen erfasst sind. In unserem Fall spielen Geld, Märkte oder auch ein adäquater Güteraustausch keine Rolle, sondern die „Agenten" haben „Bedürfnisse" mit unterschiedlicher Priorität und zum Zweck der Befriedigung dieser Bedürfnisse interagieren sie so, dass diese Bedürfnisse befriedigt werden können. Dabei kommt statt der wettbewerblichen Gegeneinandergerichtetheit von Interessen die Verflechtung der Bedürfnisse, d.h. die Inklusionslogik, zum Tragen. Ein erster Schritt hin zum Modell ist die „Übersetzung" der Konzeption in ein sog. „Narrativ", mit dem die Übertragung in den Code der Computersprache, bei uns „NetLogo", vorbereitet wird (Meretz, Schlemm, Sutterlütti 2020).

Die Grundstruktur des Modells wird in der folgenden Abbildung gezeigt (übersetzt aus Aigner et al.):



Gezeigt werden die Zuordnungsbereiche für die Akteure („Agenten"), die sich je nach produktiven und konsumtiven Bedürfnissen den genannten Gruppen zuordnen. Die Sozialstruktur ist dadurch gekennzeichnet, dass alle Agenten jeweils in Lebensgruppen leben, in

denen auch die unmittelbar-zwischenmenschlichen Sorgetätigkeiten stattfinden. Gleichzeitig können die Agenten auch unterschiedlichen Produktionsgruppen angehören. Die Agenten selbst sind durch Variablen wie Bedürfnisse, Emotionen und Motivationen gekennzeichnet (angelehnt an die Begriffe der o.g. *Kritischen Psychologie*). Deren Verschränkung wird durch bestimmte Funktionen für die Interaktion der Agenten abgebildet. Prioritäten für Bedürfnisse können sich z.B. verändern, wenn sich die allgemeine Lage der jeweiligen Gruppen, die mit dem eigenen Tun zusammenhängen, ändern.

Da die gesellschaftlichen Prozesse in biophysikalische Grundlagen eingebettet sind, werden z.B. Bergbau und Senken für Abprodukte mit modelliert. Beides muss durch Arbeit von Menschen in den entsprechenden Bereichen abgesichert werden. Diese Bereiche werden beeinflusst von der Produktion von Produktionsmitteln und von Lebensmitteln, was auch materielle „Konsum"-Güter mit beinhaltet. Gleichberechtigt mit diesen heute dominierenden Produktionsbereichen ist der Care-Bereich, in dem es um die menschliche Reproduktion, die gegenseitige Sorge, die Gesunderhaltung und allgemein um das zwischenmenschliche Miteinander geht. Auch an gesellschaftliche „Sorgemittel" wie Krankenhäuser ist gedacht.

Die Reproduktionszyklen beginnen jeweils mit den Bedürfnissen aller einzelnen Menschen. Die Information über diese und die jeweils benötigten Zuwendungen bzw. Produkte werden von den Menschen ausgehend über die arbeitsteilige Verkettung bis hin zu den benötigten Rohstoffen weitergeleitet. Von dort aus können die Rohstoffe und Produkte jeweils erarbeitet und bereitgestellt werden. Insgesamt wird das Prinzip der Freiwilligkeit der Beteiligung an den notwendigen Tätigkeiten, d.h. ihrer „Motiviertheit" vorausgesetzt. Das Prinzip der „Freiwilligkeit" bzw. der „Motiviertheit" ist nach Simon Sutterlütti und Stefen Meretz (2018) die erste Bedingung von inklusionslogischen gesellschaftlichen Verhältnissen. Die zweite Bedingung ist die der „kollektiven Verfügung" (als Alternative gegenüber Privateigentum und Staatseigentum). Sie wird umgesetzt, indem die jeweils bereitstellenden Gruppen entscheiden, wie und wem der in der Produktionskette folgenden Produktionsgruppen und schließlich der Bedürftigen sie ihre Produkte weitergeben. In der *Agentenbasierten Modellierung* werden viele solcher Reproduktionszyklen nacheinander durchgerechnet, so dass „beobachtet" werden kann, wie sich die Variablen und andere Parameter jeweils verändern. Mit diesen veränderten Werten wird dann weiter gerechnet, es gibt also Feedback-Schleifen. Diese sind auch die Grundlage dafür, dass die tatsächliche Abhängigkeit der Menschen und Gruppen voneinander dazu führen kann, die jeweiligen Notwendigkeiten und Bedürfnisse der anderen von vornherein mit zu berücksichtigen, statt dass alle Akteure nur auf ihren individuellen Vorteil aus sind.

Vor allem, wenn nicht genügend weiter zu gebende Ressourcen und Produkte vorhanden sind, damit alle Bedürfnisse „in der ersten Runde" voll befriedigt werden können, wird es natürlich auch Verteilungskonflikte geben. Leider können hierzu vor allem innovative Lösungsformen solcher Konflikte nicht ausreichend simuliert werden. Wenn das besonders schöne Haus am Meer nicht für alle daran Interessierten zur Verfügung steht, kann es z.B. als Ferienhaus für alle zur Verfügung gestellt werden. Es gehört aber zu den Aufgaben der Simulation, nach Möglichkeit unterschiedliche Umgangsformen mit diesem Problem auszutesten.

Wir sind uns insgesamt auch der Grenzen der Simulation bewusst. Die „Akteure" haben ja nicht wirklich Gefühle, wir müssen alles quantifizieren und die Besonderheit einzelner menschlicher Individuen, die eine wesentliche Bestimmung des Menschlichen in der Kritischen Psychologie ist, geht in der statistischen Verteilung der Agenten-Zustände verloren.

Trotz all dieser Grenzen ist es sehr spannend, die bisher nur theoretisch entwickelten Gedanken eines möglicherweise globalen „Commonismus" wenigstens in seinen grundlegenden Zügen zu testen. Eine vielleicht realisierbare Utopie für das Projekt selbst ist bisher noch die Überlegung, eine solche Simulation durch echte Menschen „laufen" zu lassen, d.h. ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Variablen zu setzen und entsprechend der implementierten „Inklusionslogik" mit anderen interagieren zu können... Viel Anderes ist noch möglich ... in der Simulation und hoffentlich auch der realen Welt.

Literatur

Aigner, Ernest; Dumschat, Tobias; Gerdes, Lena; Meretz, Stefan; Pahl, Hanno; Schlemm, Annette; Scholz-Wäckerle, Manuel; Schröter, Jens; Sutterlütti, Simon (im Druck): *Utopia development with agent-based simulation. Commonism as a Showcase.*

Dyer-Witheford, Nick (2013): *Red Plenty Platforms.* Culture Machine, Vol. 14, 1-27.

Gilbert, Nigel (2008): *Agent-based models.* Sage Publications

Hayek, Friedrich A. (1935/1963): *The Nature and History of the Problem.* Collectivist Economic Planning. London: Routledge & Kegan Paul LTD. S. 1-40.

Holzkamp, Klaus (1983): *Grundlegung der Psychologie.* Campus.

Holzkamp-Osterkamp, Ute (1976): *Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 2. Die Besonderheit menschlicher Bedürfnisse – Problematik und Erkenntnisgehalt der Psychoanalyse.* Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Keimform.de: *... auf der Suche nach dem Neuen im Alten.* Blog unter https://keimform.de/ (abgerufen 2021-07-06).

Morozov, Evgeny (2019): *Digital Socialism.* NLR 116_117, March–June 2019.

Peters, Arno (2000): *Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus. Gespräche mit Konrad Zuse.* Berlin: Verlag Neues Leben.

Projektgruppe "Gesellschaft nach dem Geld" (2018): *Postmonetär denken. Eröffnung eines Dialogs.* Springer VS.

Meretz, Stefan; Schlemm, Annette; Sutterlütti, Simon (2020): *Narrativ einer Gesellschaft jenseits von Tausch, Geld, Markt und Staat.* Online: https://nach-dem-geld.de/2020/das-narrativ/ (abgerufen 2021-07-06).

Saros, Daniel E. (2014): *Information Technology and Socialist construction. The end of capital and the transition to socialism.* London, New York: Routledge.
Sutterlütti, Simon; Meretz, Stefan (2018): *Kapitalismus aufheben.* Hamburg: VSA-Verlag.

Wikipedia: *Commons.* Online: https://de.wikipedia.org/wiki/Commons (abgerufen 2021-07-06).

Wikipedia: *Oekonux*. Online: https://de.wikipedia.org/wiki/Oekonux (abgerufen 2021-07-06).

Kontakt:

E-Mail: aschlemm@uni-bonn.de
Website des Projekts: nach-dem-geld.de/
Wikipedia: de.wikipedia.org/wiki/Annette_Schlemm